

321 März 1977

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

9 Der Fall Warasch

11 Eine neue Arena?

18 Modernes
Pharaonentum

21 Das Phänomen
Chirac

Österreichs Rüstungsindustrie: Für Skandale reicht's

Österreichs Stellung im imperialistischen Weltssystem entspricht seiner Größe: klein, aber doch. Seine Rüstungsindustrie beliefert Israel, Südafrika und die libanesischen Faschisten. Die engen Verbindungen zwischen Politik und Geschäft in dieser Branche könnten von der Linken erfunden worden sein, wären sie nicht Realität. Verteidigungsminister Lütgendorf könnten sie zum Verhängnis werden, obwohl er für die notleidende Waffenindustrie wirklich viel geleistet hat.

Österreichs Rüstungsproduktion umfaßt neben Steyr-Daimler-Puch, wo rund 2000 Beschäftigte direkt oder indirekt vom Militärgeschäft abhängen, noch drei kleinere Betriebe: die Hirtenberger Patronenfabrik, die steirische Firma Assmann und VOERE in Kufstein. Steyr-Direktor Malzacher betonte gegenüber dem "Kurier", daß die Gewinne weniger im Lkw- und Traktorengeschäft zu holen seien, sondern vor allem in der Waffen- und Panzerproduktion. Diese geht - bei allen vier Betrieben - vor allem in den Export. Schon zu Junta-Zeiten lieferten die (mehrheitlich der verstaatlichten Creditanstalt-Bankverein gehörenden) Steyr-Werke Maschinenpistolen nach Griechenland, jetzt wird die saudiarabische Polizei damit ausgerüstet. VOERE lieferte seine MPs nach Israel, Hirtenberg 10 Millionen Patronen nach Südafrika. Neben den Schwarzen Südafrikas werden auch die aufständischen Kurden im

Irak und die Moslems auf den Philippinen mit österreichischer Munition umgelegt. Neutralitätsrechtliche Bedenken (etwa bezüglich Israel) oder die UNO-Beschlüsse über den Waffenboykott Südafrikas wurden von der Regie-

rung, die ja dann Waffengeschäften zustimmen mußte, großzügig übergegangen. Und schließlich ist, einem Bericht der österreichischen Botschaft

Fortsetzung S 2



Die Geschäfte der Gemeinde Wien (2.Teil)

Allgemeines- Krankenhaus-Debakel



Artikel auf Seite 4



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN
VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof).
Telefon: 33 83 374.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

Fortsetzung von S 1

Österreichs Rüstungsindustrie...

in Damaskus zufolge, die umstrittene Waffenlieferung nach Syrien bei der libanesischen Falange gelandet, die die Waffen gegen die PLO eingesetzt hat.

Da die Aufträge für die Rüstungsproduktion zum großen Teil von ausländischen offiziellen Stellen kommen, verquicken sich Aussenpolitik und Waffengeschäfte – und das schon seit langer Zeit. Schon ÖVP-Verteidigungsminister Prader betrieb solch "militärische Exportförderung", wie die offizielle Bezeichnung lautet; Bundeskanzler Kreisky vermittelte der Hirtenberger höchstpersönlich einen Auftrag aus Schweden; der österreichische Kommandant der UN-Truppen auf den Golan-Höhen, Generalmajor Philipp, managte die syrischen Rüstungskäufe in Österreich (was bei den zur Neutralität verpflichteten UNO-Truppen nicht besonders geschätzt wurde) und das umstrittene Syriengeschäft wurde zwischen dem syrischen Verteidigungsminister und dem Waffenhändler Weichselbaumer bei einem Jagdausflug unter Mithilfe Lütgendorfs abgeschlossen.

Lütgendorfs Freunde und Einnahmen

Alois Weichselbaumer ist der Prototyp des erfolgreichen Geschäftsmannes, den unsere kapitalistische Gesellschaft



Aus der "Kronenzeitungs"-Serie über die Jagd: "Lade ich einen begeisterten Schiesser, von dem ich etwas haben will oder brauche, auf einen Hirsch ein, für den er nach dem gegenwärtigen Marktwert sagen wir 80.000 Schilling zahlen müßte, und er knallt ihn ab, so hat er den Gegenwert von 80.000 Schilling erhalten." Lütgendorf war in den letzten Jahren etwa dreißigmal zum "Schießen" bei Weichselbaumer...

zuläßt. Er läßt sein Geld für ihn "arbeiten", ob es nun bei der Kanalräumung, in Bordellen oder im Waffengeschäft investiert ist. Vorstrafen wegen Devisenvergehen und Untersuchungen wegen Veruntreuung und Betrug fallen da als Berufsrisiko ebenso an wie Firmen in Liechtenstein, drei Jagdhäuser, Firmenmercedes und stets gut überstandene Konkurse (ob die Beschäftigten in Weichselbauers Betrieben die Konkurse ebensogut überstanden, ist nicht bekannt). Wenn so ein Mann auch noch gut Freund mit dem Verteidigungsminister ist, steht einer erfolgreichen Geschäftsabwicklung nichts im Wege. Lütgendorf strich Weichselbauers Name aus der schwarzen Liste "dubioser Waffenhändler" des Ministeriums, beschaffte ihm einen Dienstpaß (und ließ den dazugehörigen Akt verschwinden – eine Untersuchungskommission fand nur noch einen leeren Aktendeckel) und nahm ihn als offiziellen Delegationsteilnehmer zu seinem Staatsbesuch nach Syrien mit. Unter derart guten Freunde war es auch selbstverständlich, daß Lütgendorf Weichselbauers Waffentransporte durch den Zoll helfen wollte, indem das Heeresbeschaffungsamt als Absender der Deckung bot (daß es beim Auffüllen der Frachtpapiere dann zu einem Irrtum kam, hat die ganze Affäre aufliegen lassen).

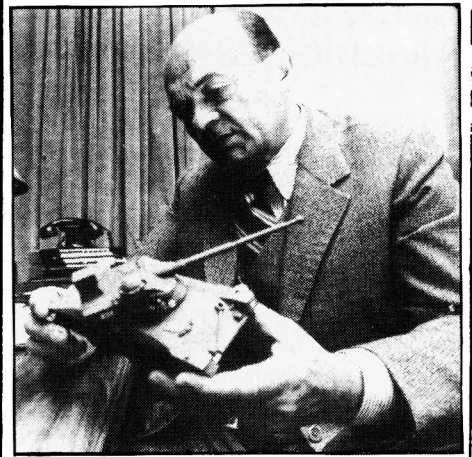
Aber nicht nur auf der Verkaufsseite hatte Lütgendorf gute Kontakte zu Waffenhändlern und -schiebern, sondern auch, was den Einkauf von Waffen betrifft. Während erstere offiziell mit dem Argument gerechtfertigt werden, das neutrale Österreich brauche eben eine Waffenproduktion, und diese brauche Aufträge (wogegen halt bloß spricht, daß die Rüstungsbetriebe vor allem für den Export produzieren), riechen die zweiten nur noch nach Korruption: So wie Weichselbaumer als Taufpate für Lü's jüngsten Sohn vorgesehen war, fungierte der Vertreter der Schweizer Oerlikon-Werke in Österreich, Schön, als Firmpate für seinen älteren. Der Ankauf von der Fliegerabwehrkanone Skyguard und der Flugzeuge vom Typ Pilatus (beides Oerlikon-Produkte) wurde übrigens von Lütgendorf gegen den Widerstand des Generalstabs

durchgesetzt; außerdem konstatierte "profil", das der Finanzsituation des völlig verschuldeten Ministers nachspürte, zur Zeit des Abschlusses mit Oerlikon einen merklichen Rückgang seiner Schuldenlast... Ähnlich brisant dürften auch des Generals Kontakte mit der Hirtenberger Waffenfabrik sein, mit dessen Eigentümer Mandl er seit Jahren befreundet ist. Lütgendorfs Grundstück, so deutete die "Wochenpresse" an, sei in demselben Maß gewachsen wie die Aufträge des Bundesheeres an die Hirtenberger. Der Leiter des Heeresbeschaffungsamtes, Tomschitz, der eher Waffenkäufe bei der französischen Firma Sofma befürwortete, wurde nach einer Anzeige des Hirtenberger-Chefs wegen Begünstigung der Sofma von Lütgendorf zwangspensioniert. Daß eine Ministertochter auf dem korsischen Gut des ehemaligen OAS-Faschisten und jetzigem Waffenhändlers Demichel urlaubte, rundet das Bild ab.

Kreiskys „Fachminister“

Wenn SPÖ-Politiker von ÖVP und bürgerlicher Presse angegriffen werden, ob zu Recht oder nicht, dann

blockt stets die gesamte Partei die Angriffe ab. Die Wiener SPÖ-Mitglieder schluckten ihren Unmut über die Wiener Kommunalpolitik herunter, als sie Benya mit den Worten "Sie peitschen uns, weil sie uns hassen" hinter den Rathauspolitikern vergatterte. Dieser Mechanismus lief im Fall Lütgendorfs nicht. Die SPÖ-Zeitungen beteiligten sich führend an den diversen Enthüllungen über Lütgendorfs Kontakte zu Weichselbaumer, und den SPÖ-Mitgliedern ist der adelige General, den Kreisky im Alleingang zum Fachminister gemacht hat, um die Bundesheerreform gemeinsam mit den Offizieren durchführen zu können, stets zuwider gewesen. Und schließlich rückte auch der Bundeskanzler von ihm ab. Daß ihn Lütgendorf vor den Fernsehkameras belogen hat, daß er Weichselbaumer noch zu einem Zeitpunkt bestritt, als in den Zeitungen schon dessen hymnische Gästebucheintragung zu lesen waren ("Der Nebel konnte nicht hindern mich, denn der Gamsbock fiel im Schuß am Stich. Ein kräftiges Weidmannsdank! Cary"), das kann ihm jetzt das Genick brechen. Denn Österreichs Bourgeoisie nützte, ihren eigenen ökonomischen Interessen zuwiderlaufen, diese Unwahrheiten aus, um einen politischen Erfolg über Kreisky verbuchen zu können. Aber "allzu rücksichtslose Enthüllungen, die Licht in gewisse Finanzpraktiken und Vermögensverhältnisse bringen könnten",



so konnte man in der "Presse" vom 2.2.1977 lesen, seien auch der ÖVP zuwider.

Lütgendorf ist zweifellos der verhassteste Politiker Österreichs, und das mit allem Grund. In seiner ersten Pressekonferenz als Minister einer SPÖ-Regierung lobte er die Ordnungsfunktionen des Bundesheeres in der Ersten Republik, gegen eine Rede vor dem Kameradschaftsbund 1971 (siehe Kasten "Lütgendorf wörtlich") erhob sich breitester Protest, mit der Wehrgesetznovelle und der geplanten Wehrdienstzeitverlängerung (siehe "offensiv links", Juni 1976) brachte er die Jugend des Landes gegen sich auf. Indem die ÖVP den Mißtrauensantrag auch gegen Kreisky ausdehnte und so verhinderte, daß auch einige SPÖ-Abgeordnete gegen Lütgendorf stimmten, hat sie ihn vorläufig bis 31. März einbetoniert.

P. L.



Lütgendorf wörtlich

"Gerade in der gegenwärtigen so hektischen Zeit, die vom Materialismus und von wirren Gedanken über eine Änderung unserer Gesellschaftsordnung erfüllt ist, kommt es darauf an, daß jene unverdorbenen Kräfte im Volke, zu denen wir Erwachsenen im Kameradschaftsbund zählen, die die Heimat nach 1945 wieder aufbauten, kühlen Kopf bewahren. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie einige, meist verblendete und von Anarchisten im Ausland gesteuerte junge Heißsporne versuchen, den inneren Frieden in unserem gottgesegneten, wirtschaftlich blühenden Land zu stören"

Vor dem Kameradschaftsbund,
20. Mai 1971

"Er, (der Präsident Südkoreas, Anm.d.Red.) gilt als der starke Mann im Land und ... verstand es, zielbewußt die Streitkräfte in erstaunlich kurzer Zeit zu einem politischen Machtinstrument zu organisieren... Besonders (akklamiert wurden) natürlich die blumengeschmückten Truppenteile der in Vietnam kämpfenden Verbände. Präzision zu Fuß, am Fahrzeug und in der Luft, gut trainierte Körper, harte Gesichter, aus deren Augen Entschlossenheit, Selbstbewußtsein, Siegeswille, vielleicht auch gepaart mit Erbarmungslosigkeit, strahlen. Der militärische Fachmann gibt dieser Armee das Prädikat 'sehr gut'".

In: "Truppendienst" 1/1967, S.18

Über das Jahr 1934:

"Innerpolitische blutige Ereignisse erforderten den Einsatz des Bundesheeres zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren. Hervorzuheben ist dabei, daß alle Offiziere, gleichgültig welcher Parteirichtung sie angehörten, dem gesetzlichen Auftrag nachkamen und befehlsgetreu ihre Pflicht erfüllten".

"Truppendienst" 2/1965, S.211

"Der neuzeitliche Offizier hat daher einen geschulten Blick für alle Aspekte des modernen Kriegers zu haben und muß in der öffentlichen Diskussion der Anwalt des Kräftepotentials und der totalen Kriegsführung sein".

ebenda, S.212

Allgemeines-Krankenhaus - Debakel

Seit neuestem wird in Wien auf dem Gesundheitssektor gespart. So wird das Karolinen-Kinderspital aus "betriebs-internen Rationalisierungsmaßnahmen" gesperrt, so soll laut Gesundheitsministerin Leodolter das Pflegepersonal in Hinkunft besser "ausgelastet" werden. Da stürzte kürzlich im Rudolfinerspital eine Wand ein; zwei Bauarbeiter wurden getötet; die Patienten, auf deren Betten die Wand fiel, waren zufällig nicht im Raum. Da verbrannte wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen ein Arbeiter bei der Wartung der Ölheizung des Mautner-Kinderspitals; die Gemeinde zahlt der Witwe keine Rente - der Unfall sei "selbst verschuldet" gewesen. Seltsam nimmt sich diese Sparwut vor dem Hintergrund des Neubaus des allgemeinen Krankenhauses (AKH) aus. Denn wenn es um die skandalöse Mißwirtschaft beim Bau dieses Monsterprojektes geht, ist Gratz davon überzeugt, "bei der Gesundheit unserer Mitbürger nicht sparen zu dürfen."

Gespart wurde bei der "Planung" und beim Bau des AKH beileibe nicht. Die Zahlen sind beeindruckend:

- 1963, dem Geburtsjahr des neuen AKH sollte die Bauzeit zehn Jahre betragen; inzwischen rechnet man bereits mit 25 Jahren.
- 1971 wurden die Baukosten mit 4 Milliarden Schilling veranschlagt;
- 1975 schätzte sie Gratz auf 18 Milliarden;
- 1976 spricht man bereits von 40 Milliarden (18 Milliarden plus Zinsendienst und Wertverminderung);
- auf dieser Preisbasis wird ein Spitalsbett auf 7 Millionen Schilling kommen. (München: 3,9 Millionen AS, Medizinische Fakultät Aachen: 4,5 Mio. AS);
- durch die lange Bauzeit bedingt beträgt der jährliche Inflationsverlust beim Neubau des AKH 800 Mio AS.
- bis 1985 werden die jährlichen betriebskosten bei 20-25% der reinen Baukosten liegen, d.h. bei etwa 3,5 Milliarden öS (international üblich: 10-15%);
- 1700 stationäre und bis zu 7000 ambulante Patienten sollen behandelt werden;
- die ursprünglich geplante Bettenanzahl betrug 2730 (inzwischen auf 2100 reduziert).

Im September 1976, also rund 10 Jahre nach Baubeginn, unternahm eine Studiengesellschaft der "Planungs- und Errichtungsgesellschaft" eine Reise in das Land der Superlative, das Resultat: man konnte in den USA "kein Krankenhaus finden, dessen Dimensionen auch nur annähernd jene des AKH erreichen".

Der Bau eines solchen Monsterkrankenhauses für eine Eineinhalbmillionen-Stadt steht im Einklang mit der einerseits selbstherrlich-verschwenderischen, andererseits knausrig-kleinkarierten Planungs- und Baupolitik der Gemeinde Wien. Eine selbstverwaltete Arena und ein experimentierfreudiges Kinderspital dürfen nicht sein, dafür beschert die Gemeinde den Wienern eine maßlos überdimensionierte UNO-City, eine Donauinsel, die niemand will, eine U-Bahn, die kaum eine Verbesserung der Verkehrssituation bringen wird.

Zähne zusammenbeißen

Der Neubau des AKH stellt allerdings Bauring-Skandal, Reichsbrückeneinsturz und Donauinsel in den Schatten. Lange vor seiner Fertigstellung ist das AKH Bürgermeister Gratz bereits ein Klotz am Bein. Er gibt "allen recht, die Sagen, daß es falsch war, ein Zentralspital zu bauen. Viel schöner wäre ein Pavillon-Spital gewesen. Jeder Krankenhausfachmann aus dem Ausland bewundert von der Anlage her Lainz. Ich habe mir mit Gesundheitsstadtrat Prof. Stacher gemeinsam die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoll wäre, eine grundsätzliche Konstruktionsänderung durchzuführen und statt zwei nur einen Bettenturm zu bauen. Wir haben aber erkannt, daß das aus technischen Gründen nicht mehr geht, und daß uns nichts übrigbleibt, als die Zähne zusammenzubeißen und möglichst rasch weiterzubauen." (Profil, 11. 5. 76) Seit der ersten Konzeption des AKH Ende der 50er Jahre ist man international von Zentralspitälern abgekommen. Abgesehen davon, daß in der durchrationalisierten Massenabfertigung in den riesigen Bettensilos jede individuelle Betreuung ausgeschlossen ist,

kommt es in solchen Größenordnungen zu eigengesetzlichen Kostensteigerungen, die die Kostenvorteile der Zentralisierung bei weitem wettmachen. Auch Gesundheitsstadtrat Stacher spricht sich heute gegen das Zentralbausystem des AKH aus. Pavillons, die stufenweise in Betrieb genommen werden können, wären ihm lieber. Auch den Standort hätte er heute eher am Stadtrand gewählt. Nur Leodolter beharrt weiterhin darauf, daß die Einschätzung der Konzeption des AKH "Ansichtssache" sei.

Unzukömmlichkeiten

Nachdem die Bauarbeiten am AKH, an denen 27 Magistratsabteilungen beteiligt waren, durch die übermäßig hohe Zahl an "Verantwortlichen" (Spitzenausschuß, Bauausschuß, 60 Mitverantwortliche) in eine hoffnungslose Sackgasse geraten waren, kam es im September 1975 zur Gründung der Allgemeine Krankenhaus Planungs- und Errichtungsgesellschaft (AKPE) durch Gemeinde Wien und Bund. Finanzstadtrat Mayr: "Ich kann zahlenmäßig die Verluste nicht angeben, die durch verschiedene Unzukömmlichkeiten entstanden sind, aber ich glaube nicht, daß wir noch irgendwelche Verantwortlichen finden werden, denn gerade daran ist es ja gescheitert, daß es keine Verantwortlichen gegeben hat." (AZ, 12. 5. 76)

Die dreiköpfige Geschäftsführung Winter-Parzer-Schwaiger des AKPE setzte eine deutsch-schweizer Expertenkommission zur Begutachtung des Neubaus des AKH ein. Während des Untersuchungszeitraums Okt. 75 - Feb. 76 stieß das Team auf ganz ungläubliche Verhältnisse. So gab es für den Neubau des AKH bis zur Begutachtungsperiode:

- keine Kostenplanung
- keine Kostenvoranschläge
- keine Kostenkontrolle
- bis 1975 keine Terminplanung
- keine Koordination

Gratz über die jährlichen Betriebskosten: "Eine seriöse Kalkulation der Kosten gibt es nicht." (Profil, 11. 5. 76) Das Rechnungswesen wird mit dem Buchhaltungssystem, das Maria Theresia für die Staatsverwaltung eingeführt hat (Kameralistik) abgewickelt. Eine Erfassung der tatsächlichen Kosten und

Aufwendungen des AKH ist kaum möglich. Es wird ohne jeglichen Einsatz von maschinellen Hilfsmitteln gearbeitet. Eine Umstellung auf EDV ist mit diesem System nicht möglich. Voraussetzung für eine solche Umstellung wäre eine genaue Formulierung der Bedürfnisse und ein verbindliches Betriebskonzept; gerade diese Grundlagen fehlten aber bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Gutachtens.

Durch die mangelnde Koordination und die überaus lange Bauzeit kam es immer wieder zu Neu- und Umplanungen, die vielfach nicht in das Gesamtkonzept integriert wurden. Manchmal gab die Bauleitung noch nicht vollständig mit allen Beteiligten abgesprochene Pläne frei, um den Bauablauf nicht zu verzögern. Durch diverse Umplanungen entstanden Flächen, deren Nutzung bis heute nicht bestimmt ist. Ein Vergleich des AKH mit Universitätskliniken mit ähnlichen Strukturen und Größenordnungen zeigt einen erheblich über dem Durchschnitt liegenden Gesamtaufwand gegenüber der Nutzfläche: 52% Nutzfläche, 38% Verkehrsfläche.

Monopolist Siemens

Für die Planung der medizintechnischen Einrichtungen der Gesamtanlage ohne Röntgen und Elektromedizin waren seit 1964 die Firmen Odelga GmbH. und Techno-Medica beauftragt. Im März 74 lösten die Firmen den Vertrag einvernehmlich und für die Projektierung und Detailplanung der Röntgen- und elektromedizinischen Ausstattung wurde die Fa. Siemens beauftragt. Der von den Firmen Odelga und Techno-Medica bearbeitete Bereich der Medizintechnik wurde seit deren Ausscheiden nicht weiter bearbeitet.

Die Firma Siemens führte nicht nur die Planung der technischen Einrichtung durch, sondern beliefert das neue AKH auch mit ihren Geräten. Mit dem Effekt, daß zum Zeitpunkt des Gutachtens im Abstell- und Geräteraum der Psychiatrie etwa Geräte der Meß- und Überwachungstechnik lagerten, die nicht einmal ausgepackt waren

besteht ein Überangebot an Geräten und Einrichtungen, andererseits können manche Abteilungen wegen mangelnder Geräte oder Zusatzgeräte nicht in Betrieb genommen werden. AKH-Hochbauchef Josef Parzer war 29 Jahre lang im Siemens-Planungsbüro beschäftigt!!!

Der Monopolstellung der Firma Siemens steht eine chaotische Vergabe anderer Arbeiten gegenüber. Anstatt die Arbeit für die Decken und Wände gesammelt zu vergeben, wurde die öffentliche Ausschreibung zunächst nur für Decken im Ausmaß von 170.000 Quadratmetern durchgeführt. Ein Planer: "Es könnte sein, daß die Decken und Wände an Ort und Stelle gar nicht zusammenpassen und wir dann eine neue Konstruktion finden müssen." (Kronen Zeitung, 1.3.76)
Abgesehen davon, daß man nach Vollendung von 11 Geschossen draufkam, daß es doch besser gewesen wäre, die Geschosse 3,50 m statt nur 3,30 m hoch zu bauen.

Kein Licht- dafür Staub

Die Liste weiterer Fehlplanungen läßt sich, fast scheint es, unbegrenzt fortsetzen:

- 95% der Funktionsräume im Kern der Anlage sind fensterlos. Damit die im Labor- und Operationstrakt arbeitenden Angestellten wenigstens einige Sonnenstrahlen zu Gesicht bekommen, mußten nachträglich Lichtschächte gebrochen werden (AZ: "kosmetische Eingriffe"). Dafür gibt es aber Röntgenräume mit großen Panoramafenstern;
- es gibt Untersuchungsräume ohne Lüftung;

- dort, wo es Lüftung gibt, ist die Anlage defekt - der Staub aus dem Installationsschacht wird auf den Flur geblasen; Vor Bestellung der luft- und klimatechnischen Geräte wurde keine Wirtschaftlichkeitsrechnung angestellt;
- in den Krankenzimmern gibt es zwar eine Fernsehüberwachungsanlage, doch keine dazugehörige Blaulichtanlage, die eine solche Überwachung auch während der Nacht ermöglichte.

- durch die 90 cm breiten Türen konnten die 1,20 m breiten Betten nicht durchgebracht werden;

- bereits verlegte Fliesen mußten wieder herausgerissen werden, weil die Farbe dem zuständigen Herrn Professor nicht paßte;

- Als die Kinderklinik und die Psychiatrie bereits zwei Jahre lang in Betrieb waren, erfuhr die Öffentlichkeit, daß die Bauten noch keine Benützungsbewilligung erhalten hatten. Eine Baugenehmigung gab es aus dem Jahre 1966, doch die während der Bauzeit durchgeführten Abänderungen waren baupolizeilich nie bewilligt worden. Für Teile der Anlage, wie etwa für die Dekontaminierungsanlage (Anlage zur Aufbewahrung radioaktiven Materials) fehlten die Baubescheide. Außerdem fehlte eine Brandmeldeanlage, eine Rauchgasmeldeanlage, die Zwischenwände waren nicht aus feuerdämmendem Material hergestellt, einzelne brandgefährdete Räume waren durch Holztüren verschlossen, es gab auch kein Feuerlöschgeräte, die Brandschutzklappen der Klimaanlage funktionierten nicht, die Zufahrt der Feuerwehr war durch parkende Autos blockiert.

- im Mai 1976 waren in den fertiggestellten Trakten bereits Reparaturkosten von 100 Millionen Schilling angelaufen. Kein Wunder, daß sich das Management gegen weitere Planungsfehler auf 11 Jahre versichern lassen wollte. Kein Wunder, daß die Wiener Städtische auf dieses Geschäft nicht einging.

E.F. ★

**Deine
Versicherungen
durch**

FRICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97 98 99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 74 802

Gesundheitswesen: Denkanstöße zur Einschätzung

Der Begriff "Gesundheitswesen" kann in einem engen Sinn verstanden werden. Dann meint man damit im wesentlichen jene Stellen, an die sich einer, der sich subjektiv krank fühlt hinwendet oder hinverwiesen wird. Das ist das Netz aus allgemeinen Ärzten und Fachärzten, Spitälern und Ambulatorien, Apotheken und Heilanstalten, das ein Land mehr oder weniger dicht, in Städten gehäuft als am Land, in angenehmer Umwelt besser als in unbequemer, überzieht.

In einem umfassenderen Ansatz wird man unter einem "Gesundheitswesen" mehr verstehen. Man wird die historische Entwicklung der erkennbaren Strukturen in den Analyse miteinbeziehen. Man wird die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen festzulegen versuchen. Und man wird, in einer Einschätzung des Gesamtsystems, die beteiligten Gruppen und deren Macht und Einfluß definieren. Wenn man zum Beispiel derzeit eine Analyse des italienischen Gesundheitswesens machen will, wird man die bedeutenden Veränderungen im Bewußtsein der italienischen Arbeiterklasse, die sich in ganz konkreten Ergebnissen in den Betrieben niedergeschlagen haben, beachten müssen. Die Eigentumsformen in Gesundheitsbereich, die Einflüsse von Machtgruppen und Monopolen, das Bewußtsein der Gesundheitsarbeiter (Ärzte, Apotheker, paramedizinisches Personal...) sind zu erforschen. So stellt sich dann das "Gesundheitswesen" als ein System administrativer, sozialer und ökonomischer Strukturen dar, deren Zusammenwirken auf eine ganz eigentümliche und ableitbare Art die Gesundheit der Bevölkerung sichert. Das konkrete Instrumentarium, daß diesem Zweck dient und wie es im ersten Absatz beschrieben wurde, bezeichne ich als "Gesundheitssicherungssystem", während als "Gesundheitswesen" nunmehr das Gesamtsystem zu sehen ist.

Als wesentliche Strukturen des österreichischen Gesundheitswesens kann man anführen:

- Die Finanzierung des Gesundheitssicherungssystems erfolgt zu 45 % aus der Sozialversicherung, zu 20 % von den privaten Haushalten, zu 5 % aus privaten Krankenversicherungen und zu 30 % von Ländern und Gemeinden.
 - Die Ärzteschaft, die medizinisch-technischen Industrien, die pharmazeutische Industrie und die privaten Krankenversicherungen stellen Monopole bzw. Oligopole dar, die privatwirtschaftliche Interessen vertreten.
 - Eine Einführung privatwirtschaftlicher Strukturen ins Gesundheitssystem geht immer Hand in Hand mit einer qualitativen Veränderung des Gesundheitssicherungssystems: Spitzenversorgung statt Breitenversorgung, Untergrabung des bisherigen Standards der öffentlich und sozialversicherungsmäßig finanzierten Bereiche des Gesundheitswesens.
 - Es ist in Österreich gelungen, das Gesundheitswesen in den Augen der Öffentlichkeit weitgehend zu entpolitisieren. Obwohl das Interesse aller Bevölkerungsschichten an besserer gesundheitlicher Versorgung besteht, haben die Arbeiter und Angestellten ein gesundheitspolitisch unterentwickeltes Bewußtsein.
 - Das Unverständnis breiter Bevölkerungsschichten für Zusammenhänge zwischen eigener Lage, politischen Strukturen und Gesundheit folgt:
1. Aus einer entpolitisierenden Politik der Gewerkschaften; gerade im Bereich der eigenen Gesundheit hätten die Arbeiter und Angestellten Möglichkeiten, am Arbeitsplatz Forderungen aufzustellen und durchzusetzen. Diese Interessen zu wecken, Anleitungen zu geben, Beispiele zu zeigen (immer wieder: Italien) wäre eine gewerkschaftliche

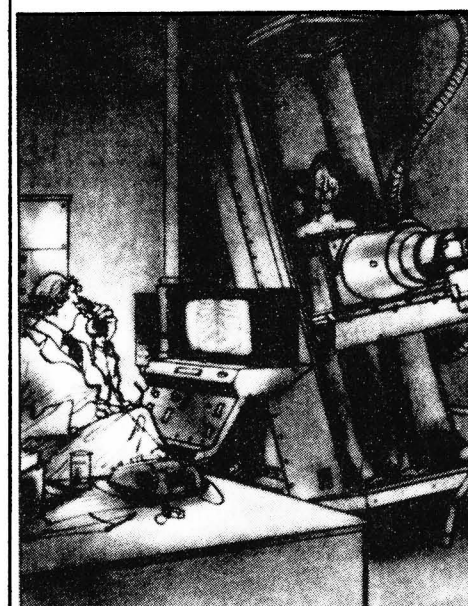


Pflicht ersten Ranges. Darüber hinaus erscheint dieser Ansatzpunkt zur Politisierung der Betriebe als einer der am leichtesten realisierbaren.

2. Aus der Rolle der Ärzte und der Mythisierung der Medizin: Die Ärzte verschleiern ihre Geld- und Machtansprüche hinter dem weißen Mäntelchen des Standesethos.

Die Medizin verschleiern ihre Abhängigkeit von politischen und ökonomischen Strukturen hinter dem neutralisierenden Anspruch einer reinen Naturwissenschaft.

So wird der Bevölkerung vorgespielt, daß vom Sendungsbewußtsein getriebene Mediziner die allein wahren Ergüsse einer reinen Heillehre streng und gerecht und gut entlohnt auf jeden, der nach Heilung schreit (und auf manche, die gar nicht geheilt werden wollen) gleich anwenden.



„Liebling, ich sehe gerade, du kannst dir einen neuen Wagen kaufen!“

Nach dieser unvollständigen, ergänzungsbedürftigen Liste wesentlicher Strukturen des Gesundheitswesens stellt sich nun die Frage nach seiner Einschätzung.

Sieht man das Gesundheitswesen als einen Repressionsapparat, der im Dienst des Kapitals lediglich dazu dient, im Arbeitsprozeß kaputtgewordene Individuen so schnell als möglich wieder zusammenzuflicken, so gibt es nur eine Lösung: diesen Apparat zu zerschlagen.

Sieht man das Gesundheitswesen als sozialstaatliche Entwicklung, die einer entpolitisierten und entfremdeten Bevölkerung Mittel bietet, ihr individualisiertes, vereinsamtes und sinnentleertes Leben täglich zu verlängern, dann ist es an der Zeit, sowohl den Wohlfahrtsapparat des Gesundheitswesens als auch die privatisierte Gesellschaft umzupolen, in aktive Bereiche zu verlagern, zu politisieren.

Sieht man das Gesundheitswesen als kurativen Heilungsapparat, der mit ständig steigendem Fachwissen Kranke gesund macht, so muß er gefördert werden. Denn besseres medizinisches Wissen bedeutet dann weniger Kranksein und kürzere Behandlungszeiten – falls man doch erkrankt – für jeden.

Sieht man das Gesundheitswesen als verselbständigten Herrschaftsapparat, der eine von der Industriegesellschaft in die Knie gezwungene Bevölkerung noch weiter entmündigt, in dem er Normen für gesund und krank so setzt, daß seine Auslastung und die damit verbundene Macht und Herrschaft auf Dauer gesichert und gefestigt wird, dann ist diesem Apparat ebenfalls der Kampf anzuzusetzen.

Ich halte alle diese Einschätzungen des Gesundheitswesens für legitim. Sinnvolles politisches Handeln läßt sich aber nicht aus Einzelproblemen und Teileinsichten, sondern nur aus einer Gesamteinschätzung ableiten.

Das Gesundheitswesen stellt sich somit als ein komplexer Apparat dar, der gleichermaßen repressive wie bestandsnotwendige, ja in Ansätzen auch emanzipatorische und fortschrittliche Strukturen aufweist. Maxime politischen Handelns ist die Förderung

der erwünschten und die Unterdrückung der unerwünschten Strukturen. Wie's die Linke in Österreich gern hätte, sollte in einer umfassenden Diskussion erarbeitet werden. Dieser Diskussion soll dieser Artikel nicht vorgreifen.

Hannes Schmidl



Rechtsradikale:

Biedermänner als Bombenleger

Das ganze gab's schon einmal: Als der "schüchterne", "etwas verklemmte", aber "unwahrscheinlich hilfsbereite" (Aussagen von Bekannten) Ernst Dostal im Juni 1973 erst einen Waffenbruder neben der Südautostrasse in die Luft sprengte und dann nach mehrtägiger Jagd in einer Ö3-Sondersendung in Reichweite der Rundfunk-Mikrofone von der Polizei exekutiert wurde (Reporter: "Gleich wird ihn der tödliche Schuß treffen"), waren seine Kontakte zu rechtsextremen Kreisen offensichtlich. Die "Kronen-Zeitung" sprach von einem "militanten Geheimbund, der Schieß- und Sprengstoffübungen sowie nächtliche Karatekämpfe veranstaltete". Man munkelte auch von internationalen Verbindungen. Doch schon nach wenigen Tagen ließ die Staatspolizei diese Spur einschlafen. Dostals Gruppe, so hieß es offiziell, wollte nur einige Industrielle entführen. Beim Hitler-Verehrer Hans Georg Wagner, der sich Ende Jänner 1977 in Wien unabsichtlich selber in die Luft gesprengt hatte, gingen Schießkumpanen ein und aus. Aber die Staatspolizei wird auch ihn zum Einzelgänger machen.

Rechte geheime Verschwörergruppen gab es nach 1945 viele: Eine "Nationale und Soziale Freiheitsbewegung" wollte unter der Leitung des ehemaligen SS-Sturmbannführers Gerhard Wolf die Partisanentätigkeit gegen die Siegermächte organisieren; die "Heimkehrer-, Hilfs- und Betreuungsstellen" unter der Leitung des Ex-ÖVP Abgeordneten Strachwitz, der der Grazer Gruppe um die Zeitschrift "Neue Ordnung" angehört – einer Kontaktgruppe ÖVP-Deutschnationale –, halfen in Wirklichkeit Nazigrößen bei der Flucht nach Südamerika oder beim Untertauchen. Die Geheimorganisation "Spinne" koordinierte die Aussagen der Nazis vor Gericht. In den fünfziger Jahren gab es terroristische Gruppen die wie die um Wagner verschiedene Bombenanschläge durchführten, doch erst in den Jahren um die Südtirol-Auseinandersetzung blühte die Verbindung zwischen rechter Politik und Dynamit wieder auf (siehe: "offensiv links" Dezember 1976, "25 Jahre RFS"). Für viele bürgerliche Kreise sind die Südtirol-Bumser ja heute noch Freiheitshelden.

Die Dostals und Wagners gehören aber schon einer anderen Generation an. In einer Zeit, da die nationale Rechte politisch ein Schattendasein führt, lassen sich (anders als etwas in Italien oder Spanien) waffenstarrende Verklemmtheit, Männlichkeitswahn und Haß gegen Zersetzung, Verweichlichung und Linkes nicht unmittelbar für die praktische Politik der Rechten instrumentalisieren. So wird halt geübt, trainiert, es werden Waffen- und Karateübungen abgehalten – alles Vorbereitungen für spätere Zeiten, in denen sich die Klassenkämpfe verschärfen und wo man dann die Bomben nicht mehr gegen die Westbahn, sondern gegen Partei- und Gewerkschaftslokale werfen und die Schußwaffen gegen Demonstranten verwenden kann. Die NDP hält von Zeit zu Zeit militärische Übungen am Bisamberg und am Herrmannskogel ab, bei der Jungkameradschaft Babenberg ("Die Aufgabe der Babenberger war es, unser Land vor den Horden des Ostens zu schützen und





Die Schätze des Bombenlegers: Nazibücher und Nitroglycerin

es dem Deutschtum zu erhalten") gehört Exerzieren, Wehr- und Schießsportausbildung zu den hauptsächlichsten Aktivitäten.

Am Rand dieser politischen Gruppierungen werken die Dostals und Wagners. Angezogen vom männerbündischen Charakter der Waffen- und Karateklubs finden sie ihre sonst vermißte Stärke im Schießen. Sowohl bei Dostal als auch bei Wagner wurden gut ausgerüstete Schießstände gefunden, beide bewahrten größere Mengen Sprengstoff auf. Beim Bundesheer waren sie von der Rangerausbildung besonders angetan, mit dem Urheber und jetzigen Leiter der Heeres-Nahkampfschule, Major Josef Herzog, Dostal in enger Verbindung stand. Die eher unpolitische Grundhaltung dieser Leute wird, sobald sie in die "rechten" Kreise kommen, politisch.

„Bis in die Exekutive“

Was Ernst Dostal vorgehabt hätte, wenn nicht der Zwischenfall an der Südbahn dazwischengekommen wäre, das ging im Nebel der staatspolizeilichen Ermittlung unter. Zur Erinnerung sei hier noch einiges festgehalten: In seinem Bauernhof wurde eine Folterkammer, sowie Pläne für Entführungen gefunden, deren generalstabsmäßige Ausarbeitung zwingend auf die

Arbeit einer Gruppe schließen ließ. Wozu wollte die Dostal-Gruppe Entführungen durchführen, und was für Pläne hatte sie mit den zweifellos geforderten Lösegeldern? Was hatte die Flucht von Dostals Vater Robert nach Lüneburg in der BRD zu bedeuten, von der der "Kurier" am 5. Juli 1973 schrieb: "Der letzte Aufenthalt Rudolf Dostals in Lüneburg dürfte nicht zufällig gewesen sein. Der mit 'Maschinen' handelnde Wiener soll dort Kontakte zu Waffenhändlern gehabt haben"? Und warum beging Rudolf Dostal dann dort Selbstmord?

Daß diese Fragen ungeklärt blieben, ist nicht weiter verwunderlich, schreibt doch "profil" über Dostal: "Er verkehrte intensiv mit einem Personenkreis, der dem rechtsradikalen Lager zugerechnet wird und dessen Verästelungen bis in die Exekutive reichen" (Nr. 14/73). Wer sich an die Vorfälle bei den NDP-Überfällen auf die Arena erinnert (siehe "offensiv links", November 1976, Seite 1), der ahnt, wovon da die Rede ist...

Die „Strategie der Spannung“

Wagners politische Ziele sind leichter erkennbar. Dieser, wie ihn die Nachbarn beschrieben, nette und

hilfsbereite Mensch traf zwei Fliegen auf einmal: er konnte seiner Sprengleidenschaft nachgehen und gleichzeitig die Attentate der Linken in die Schuhe schieben. Schon im Herbst explodierten vor mehreren Botschaften Brandbomben und tauchten verschiedene wirre Flugblätter auf, die auf dem ersten Blick wie von versprengten Linken verfaßt aussahen. Damals mußten verschiedene Genossen hochnotpeinliche Verhöre über sich ergehen lassen und Alibis erbringen. Nach dem Banküberfall bei der Wiener Oper schlug Wagner groß zu: er deponierte eine Bombe in der Roßauer (Polizei-)Kaserne und erweckte mittels anonymer Briefe den Eindruck, die Rote-Armee-Fraktion stünde vor Wien, um die Bankräuberin Waltraud Broock zu befreien. Seine Rechnung ging zum Teil auf: Linke Wohngemeinschaften wurden ohne Haussuchungsbefehl, dafür aber mit Maschinenpistolen durchsucht und aus einer Bankräuberin, die bei der Flucht einen Polizisten angeschossen hatte (schlimm genug, aber in der letzten Zeit halt nicht unüblich) wurde eine gefährliche Terroristin, die man tunlichst gleich für eineinhalb Jahrzehnte hinter Gitter schickte (was die höchste Strafe ist, zu der seit Inkrafttreten der Strafrechtsreform ein Bankräuber verurteilt wurde). In Italien und Spanien nennt man das die "Strategie der Spannung": Der rechte Terror soll Unsicherheit schaffen und das Militär zum Putschen oder zumindestens die Staatsmacht zum härteren Durchgreifen zwingen. Nicht zufällig verhaftete die spanische Polizei, nachdem ihr nach den Entführungen durch die dubiose Grapo Sondervollmachten übertragen wurden, ausschließlich Politiker der Linken.

Daß die vermeintlichen Terroristenanschläge nicht (wie nach dem OPEC-Überfall, siehe "offensiv links", März 1976) zum Anlaß für einen weiteren Ausbau der Exekutive und eine Verstärkung der "inneren Aufrüstung" genommen wurde, verhinderte bloß eines: Wagners Ungeschicklichkeit beim Hantieren mit einem Sprengkörper. Am Abend des 27. Jänner hauchten Hans Georg Wagner und das Märchen von den linken Terroristen gemeinsam ihr Leben aus.

P. L. ★

Der Fall Warasch:

Merkwürdiger Sprengstoff

Am 21. Jänner 1976 um 3 Uhr früh begann für Kärntens Sicherheitsbehörden der Bürgerkrieg: an die einhundert Polizisten rückten aus, um rund um die Klagenfurter Heimstättenstraße Straßensperren zu errichten. Dann pirschten sich die Hüter deutsch-nationaler Ordnung an den Feind heran: an die Wohnung des Zentralsekretärs des Rats der Kärntner Slowenen, Filip Warasch. Die Wohnung wurde im Sturm genommen und durchsucht – ihr Besitzer wanderte auf eine Woche in Untersuchungshaft. Was man ihm vorwarf, ist inzwischen bekannt: er soll einen Pensionisten zu einem Sprengstoffattentat angestiftet haben. Wer dieser Pensionist und Kronzeuge der Behörden ist, weiß man inzwischen auch: der sechzigjährige Gottfried Güttler, seit einem Jahr ohne Arbeit und Einkommen, weil er gleich für mehrere Dienstgeber nacheinander ein zu schwieriger Fall war. Der Mann jedoch, der sich als eher unpolitisches Opfer der Tatsache hinstellte, daß er mit einer Slowenin verheiratet ist und sich überdies auch noch als unerfahren im Umgang mit Sprengstoff präsentierte, besitzt tatsächlich ein bewegtes Vorleben, das seine Kronzeugenschaft im Fall Warasch gleich in ein anderes Licht rückt. Immerhin – so schwadronierte Güttler noch vor wenigen Monaten vor Zechkumpanen – verdiente er sich sein Eisernes Kreuz II in Hitlers Wehrmacht dadurch, daß er besonderes Geschick darin bewies, Breschen in russische Stellungen zu sprengen. Doch auch nach dem Krieg, als die britische Besatzungsmacht in Kärnten eingezogen war, tat sich Güttler hervor: er diente dem britischen Secret Service als Spitzel. Daß er damals häufig im Dunstkreis einer kommunistischen Mietervereinigung gesehen wurde, wird man wohl im Zusammenhang mit dieser Tatsache sehen müssen. Seinen damaligen Decknamen – "Chesterfield" – pflegte er auch später noch zu verwenden. Etwa auf einer Quittung, die er Warasch für eine von diesem ausbezahlte Unterstützung von 1000,- Schilling ausstellte.

Womit wir wieder beim gegenständlichen Fall wären: bei Warasch schlich sich Güttler nämlich in der Rolle des sprichwörtlichen "armen Hundes" ein: als Opfer des militanten Kärntner Deutschnationalismus – als dessen Agent er sich schließlich nunmehr entpuppte.

Diese Masche zog allerdings und Warasch machte den einzigen Fehler, den man ihm rückblickend vorwerfen kann: er versuchte schlicht und einfach jemandem zu helfen, den er für diskriminiert hielt. Und er unterschätzte offenbar die Bereitschaft der Kärntner Nazis, auch kriminelle Methoden in ihrem Kampf gegen die Slowenen einzusetzen.

Denn kriminell ist der Coup gegen Warasch zweifellos. Das kann gesagt werden, obwohl man die Hintermänner noch nicht kennt. Jedenfalls scheint es undenkbar, daß der arbeitslose und mittellose ehemalige Geheimdienstmann Güttler das Drehbuch zu dieser Geschichte selbst verfaßt hat. Ihm ging es wohl in erster Linie um Geld. Das erste, wonach er sich nach seiner Anzeige gegen Warasch bei der Polizei erkundigte, das waren jene 50.000,- Schilling, die von den Behörden als Prämie für die Aufklärung zurückliegender Sprengstoffanschläge ausgeschrieben waren. Und noch bevor die Polizei Warasch verhaftete und somit diese Anzeige an die Öffentlichkeit brachte, versuchte Güttler diese Story für 10.000,- Schilling an den "Kurier" zu verkaufen.

Wer sich nun des einmal wegen seines akuten Geldmangels, andererseits schon wegen seiner Vergangenheit potentiell erpreßbaren Güttler bediente, weiß möglicherweise nicht einmal dieser windige Kronzeuge. Es ist durchaus vorstellbar, daß er von Leuten gesteuert wurde, die sich auch ihm gegenüber nie eindeutig zu erkennen gaben. Und diese Männer müssen nicht unbedingt aus dem Bereich der Polizei sein, obwohl Güttler auch dorthin nicht erst seit der Anzeige gegen Warasch beste Kontakte besitzt. Die gin-

gen bis tief in den privaten Bereich hinein: Güttler pflegte den Hund des Klagenfurter Polizeidirektors auszuführen.

Was Wunder also, wenn die Polizei zwar zur Warasch-Verhaftung wie zu einem Bürgerkriegseinsatz ausrückte und es nicht der Mühe wert fand, Waraschs inzwischen einwandfrei geklärtes Alibi für die von Güttler angegebene Tatzeit zu überprüfen. Wenn diese Polizei in stundenlangen Verhören versuchte, Warasch alle unaufgeklärten Kärntner Sprengstoffanschläge aufzuhalsen und ihm den Kontakt mit seinem Rechtsanwalt verweigerte, jedoch andererseits nicht einmal eine Hausdurchsuchung bei Güttler vornahm, der schon aufgrund seiner eigenen Aussagen Sprengstoff und Waffen besessen haben muß.

Das alles deutet auf die tatsächlichen Hintergründe und Motive der Warasch-Verhaftung hin: hier sollte einer der entschlossensten Spitzenfunktionäre der Kärntner Slowenen kriminalisiert und mit ihm die gesamte Volksgruppe diskriminiert werden – ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da nach dem erfolgreichen Boykott der Minderheitenfeststellung neue Verhandlungen zwischen den Slowenen und der Bundesregierung begannen. Der Schuß, der hier abgefeuert wurde, zielt in eine zu eindeutige Richtung, um nicht den Schützen zu verraten – auch wenn man sie im einzelnen noch nicht kennt.

Das alles ist jedoch nur eines der schwereren Geschütze im Repertoire der Slowenen-Gegner, deren Front inzwischen ja von Heimatdienst und den neonazistischen Gruppen bis zur Bundesregierung reicht. Nur versucht die Bundesregierung eben geschickter zu taktieren: während dunkle Elemente den kriminellen Coup gegen Warasch starteten, bot sie den Slowenen eine lachhafte Ortstafelregelung an, obwohl die Slowenen eindeutig zu verstehen gaben, daß ihnen die Erledigung anderer Fragen – wie etwa der Schulfrage – augenblicklich bei weitem wichtiger ist, als jene der emotionell aufgeputschten Ortstafelfrage. Die Tatsache, daß die Bundesregierung im Gleichschritt mit ÖVP und FPÖ trotzdem wiederum nur von Ortstafeln spricht, zeigt eindeutig, wie gering ihr Interesse ist, den Artikel 7 des Staatsvertrages endlich zu erfüllen.

Harald Irnberger



Die Wirtschaft sind wir alle

"Nach den im Aktiengesetz vorgesehenen Bestimmungen über den Aufsichtsrat obliegt es diesem, den Vorstand zu bestellen und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Wenn auch in der Realität dem Aufsichtsrat die umfassende Prüfungstätigkeit durch den Wirtschaftsprüfer abgenommen wird, kann die Zweckmäßigkeit und Richtigkeit der vom Vorstand getroffenen Maßnahmen nur vom Aufsichtsrat beurteilt werden. Besonders in größeren Aktiengesellschaften (mit bis zu 20 Mandaten) werden Ausschüsse gebildet, wo Aufsichtsratsmitglieder im kleineren Rahmen spezielle Probleme, wie Investitionsvorhaben, Preisgestaltung, etc. diskutieren und damit direkt Einfluß auf die Unternehmenspolitik erhalten."

Das lese ich im "Roten Börsenkrach" Nr. 12. Man erfährt weiter, daß etliche Aufsichtsratsmitglieder mehrere Aufsichtsratsmandate innehaben, 1974 sollen das 476 Personen gewesen sein. Doch brachten es nach dieser Aufstellung nur achtzehn Leute auf mehr als zehn Mandate.

Das ist nicht weiter verwunderlich, denn nur wenige Menschen sind den obigen angeführten Aufgaben gewachsen. Und das ganze dann noch multipliziert mit den Anzahl der Aufsichtsratsposten!

Wobei die betreffenden Personen noch nebenher die gleichen Arbeiten verrichten müssen wie ihre Mitarbeiter. Zum Beispiel in der Werkstatt, hinter dem Verkaufspult, am Schreibtisch, im Außendienst usw. So verrichten sie ihre tägliche Arbeit. Oft sogar am Samstag und Sonntag.

Dabei kenne ich andere Leute, die sind schon nach einem normalen Arbeitstag, zum Beispiel eben in der Werkstatt, hinter dem Verkaufspult, am Schreibtisch, im Außendienst usw., fix und fertig. Die in der Wirtschaft selbständig oder in leitender Stellung Tätigen aber, allen voran

Wissen Sie, wer zum Beispiel in Wien hinter dem

ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFTSBUND steckt?

Es ist ein Großteil der 60.000 Wiener Unternehmer, Inhaber kleinerer, mittlerer und größerer Unternehmen. Bei diesen arbeiten ca. 530.000 Frauen und Männer.

Wissen Sie, daß diese 60.000 Unternehmer die gleichen Arbeiten verrichten müssen wie ihre Mitarbeiter? Zum Beispiel in der Werkstatt, hinter dem Verkaufspult, am Schreibtisch, im Außendienst usw.?

Der Unternehmer ist ein Mensch wie Sie. Aus Ihrer Mitte. Auch er hat seine Probleme und Sorgen.

Und weil auch die Unternehmer sich gegenseitig brauchen, gründeten Sie 1945 eine Interessensgemeinschaft, den

ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFTSBUND.

Unternehmer, die im Rahmen ihrer Selbständigkeit für eine Anzahl von Verpflichtungen heute besonders verantwortlich zeichnen müssen.

Dazu zählen auch die Angehörigen der Freien Berufe sowie Frauen und Männer als leitende Angestellte des Managements.

Also eine Interessensgemeinschaft von Menschen, die natürlich nicht nur in Wien, sondern in allen Bundesländern Österreichs ihre tägliche Arbeit verrichten. Oft sogar Samstag und Sonntag.

Sehen Sie, das ist der Österreichische Wirtschaftsbund — Eine Interessensgemeinschaft der in der Wirtschaft selbständig oder in leitender Stellung Tätigen — als Teilorganisation im Rahmen der Österreichischen Volkspartei

*Sie und wir-
die Wirtschaft sind wir alle*



natürlich die Aufsichtsratsmandatäre, beißen dann die Zähne zusammen und gehen ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit nach.

Dabei sieht man ihnen das gar nicht an. Sie sind Menschen wie wir. Aus unserer Mitte. Auch sie haben ihre Probleme und Sorgen.

"Und wenn ihr schön brav seid", sagte die Oma an dieser Stelle und rückte ihre Brille zurecht, "erzähle ich euch morgen von einem anderen Flugblatt des Österreichischen Wirtschaftsbundes."

R. H.



Berichte aus der heilen Welt

Ich sah Mira zum ersten Mal im Gasthaus "s'Kistl", damit beschäftigt, dem Kellner das Essen zum Servieren zu reichen. Kennengelernt habe ich sie ein paar Wochen später, als sie ihre Arbeit als Köchin, Küchenmagd, Putzfrau, kurz als Mädchen für alles bereits gekündigt und eine andere Stelle — ebenfalls im Gastgewerbe — angenommen hatte.

Vor über sechs Jahren kam Mira, damals 18 Jahre alt, aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Belgrad nach Wien, und seit damals arbeitete sie im "Kistl". Die Arbeitszeit betrug 80 Stunden in der Woche, als Lohn erhielt sie netto ganze 3.000,- Schilling im Monat plus freie Verköstigung. Während der ganzen Zeit bekam sie keine einzige Überstunde bezahlt. Als

sie schließlich, weil es ihr endgültig zuviel wurde, ihre Papiere (Paß, Arbeitskarte, Lohnsteuerkarte) verlangte, kam es mit dem Gasthausbesitzer zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf sie von ihrem "Arbeitgeber" Prügel erhielt. Die Spuren dieser Mißhandlungen gab Mira bei der Polizei zu Protokoll. Die von ihr selbst bezahlten Möbel wurden ihr von ihrem "Prügelgeber" weder ausgehändigt noch vergütet. Wir rechneten uns aus, um wieviel sie in diesen sechs Jahren betrogen worden war. Allein durch die unbezahlten Überstunden hat ihr der "Kistl"-Besitzer 200.000,- Schilling vorenthalten. Dazu kommen 9.000,- Schilling durch die Nichtherausgabe der Möbel – zu schweigen von den Auswirkungen auf ihre Gesundheit und von der völligen sozialen Isolation, in der Mira die meiste Zeit leben mußte. Anfangs konnte Mira kaum Deutsch, und während ihrer Wiener Arbeitsjahre lernte sie nur Dialektvokabel aus dem Küchenbereich.

Ich ging mit ihr in die Arbeiterkammer Wien, wo sie einem ziemlich alten und äußerst nervösen Dolmetscher ihre Daten bekanntgab. Als sie offenbar keine zufriedenstellenden Auskünfte gab, schrie er sie an: "...und im übrigen geht es den Gastarbeitern nirgends so gut wie in Österreich!" Anschließend berichtete Mira im Arbeitsinspektorat über ihre Erlebnisse im gastarbeiterfreundlichen Österreich. Der Beamte erklärte, er werde, wenn er das "Kistl" inspiziere, auch gleich ihren jetzigen Arbeitsplatz kontrollieren, wo die Arbeitszeit 60 Stunden und der Nettolohn 4.000,- Schilling beträgt.

Das geschah im Februar 1976. Anfang Juli ging ich nochmals ins Arbeitsinspektorat und fragte, wieso denn noch niemand den Betrieb kontrolliert hätte. Nach halbstündiger vergeblicher Suche nach dem Akt wurde angenommen, der Akt sei mit dem Kontrolleur unterwegs zum "Kistl". Auf meine Frage, wieso man sich bei einem so empörenden Fall so lange Zeit ließe, bekam ich zur Antwort: "Wir haben auch noch andere Betriebe zu kontrollieren." Ich erklärte, daß wir beim Arbeitsgericht Klage einbringen wollten und es daher günstig wäre, wenn wir das Untersuchungsergebnis des Arbeitsinspektorates als Beweismittel vorlegen könnten. Man wies mich zu recht: das Arbeitsinspektorat sei vom

Arbeitsgericht völlig unabhängig, hätte ganz andere Kompetenzen, und die Kontrollergebnisse dürften dem Arbeitsgericht gar nicht vorgelegt werden. Weiters erklärte der Beamte, alle Gastarbeiter bekämen bei ihrer Einreise ein Merkblatt, auf dem ihre Rechte in ihrer Muttersprache festge-

halten seien. Wer sechs Jahre unter solchen Bedingungen arbeite, sei selbst schuld. Im übrigen hätten die österreichischen Arbeiter Vorrang.

Bis heute hat Mira ihre Lohnsteuerkarte nicht zurückerhalten.

N. N.



Inlandsschlachthof: Eine neue Arena?

Nach der Vernichtung der Arena-Besetzung durch die Gemeinde Wien haben sich eine Gruppe von Ex-Arenauten entschlossen, auf Verhandlungsweg das bis zuletzt abgelehnte Angebot "Inlandsschlachthof" doch noch anzunehmen. Vor dem Hintergrund erneuter Rathaus-Rängeleien (Sandner verhandelt für eine neue "gute Arena", Mayr ist bereits dabei, das Gelände wieder zu verkaufen und läßt Installationen abmontieren) trat diese Initiative Ende Februar nach mehrmonatigen Verhandlungsbemühungen mit der Gemeinde, bei denen erste Zusagen erreicht wurden, erstmals an die Öffentlichkeit. Über die Problematik, auf institutionellen Weg ohne Bewegung das Erreichen zu wollen, was das Ziel der Arena-Besetzung war, ist schon genug geschrieben worden ("offensiv links" 27, 28). Wir ersuchten daher einen Repräsentanten der "Initiative Inlandsschlachthof" um eine kurze Darstellung der bisherigen Entwicklung und der Veranstaltung.

Redaktion

Einstige Arena-Besetzer im "Haus der Begegnung", das müßte doch eigentlich Spannungen, Widersprüche geben. Und so fing diese Veranstaltung am 21. Februar in der Königseggasse im 6. Bezirk zum Thema "Was ist mit dem Inlandsschlachthof?" auch mit einigen Problemen an.

Schon bei der Anmeldung zur Vergnügungssteuer: es sollte eine Informations- und Diskussionsveranstaltung sein. Nicht so einfach für die Vergnügungssteuer. Eine Information – in Form eines Vortrages – ist steuerfrei. Für eine Diskussion aber muß Vergnügungssteuer bezahlt werden. Ein herrliches Demokratie-Verständnis: der Vortrag ist steuerfrei, die Diskussion wird besteuert. Um ein Problem für die noch völlig leere Kasse des veranstaltenden Vereins "Forum Wien-Arena, Verein zur Förderung und Verwirklichung von Kultur-, Jugend- und Kommunikationszentren." Dieser

Verein hatte sich Ende vergangenen Jahres gebildet, um mit der Gemeinde Wien über das immer noch bestehende Angebot des Inlandsschlachthofes zu verhandeln. "Integrationsversuche in die uniforme Gemeinde-Kultur", so lauteten die Prognosen der Arena-Verein-Skeptiker. Doch sicher weit an den Absichten und Zielen des Vereines vorbeigeschossen. Hier geht es bewußt um Alternativen, um neue Inhalte, Freiräume, nicht um Integration. "Bisher errungene Positionen formal abzusichern; eine Basis für neue Initiativen, neue Inhalte zu schaffen. Hierin wird ein sinnvoller Weg gesehen, um aus der Situation der Fragmente und der Isolation herauszukommen. Ein Positionskampf in einem großen 'Schach' gegen Zwänge, Gängelungen, Entmündi-





gungen." So steht es in einem Informationsblatt, das die Gruppe für diesen Abend herausgegeben hat.

Konflikte: nur an der Garderobe

Es sollten zunächst einmal Linien klar abgesteckt werden. Aber man macht sich auch auf Auseinandersetzungen über inhaltliche und taktische Fragen gefaßt. Konflikte gab es dann auch: an der Garderobe. Um die zunächst obligate Garderobengebühr in Höhe von 5 Schilling, um einen Betrag, der für manche an diesem Abend ins "Haus der Begegnung" gekommenen Arenauten keine "Kleinigkeit" war. Es gab dann für die etwa 250 Gekommenen "Kleiderablage-Freiheit". Und im Saal ging es sehr friedlich zu. Widersprüchliche Meinungen gab es nur etwas, als einer der Inlandschachthof-Aktivisten berichtete, die Gemeinde Wien habe in der ersten und bisher einzigen Verhandlung vor 4 Wochen den baldigen Abschluß eines Nutzungsvertrages in Aussicht gestellt, Wochen seien nun vergangen, ohne daß etwas geschehen sei. So wurde berichtet. Und man müsse der Sache jetzt etwas Druck verleihen. Nicht nur Vereinsverhandlungen, Druck von der Basis der Betroffenen! Aber wie? Einige sprachen von Demonstrationen, dachten vielleicht an eine Besetzung. Dem wurde entgegengehalten, kämpferische Maßnahmen ohne die klare Darstellung von Bedürfnissen und Inhalten seien sinnlos.

Zögernd: Neue Arbeitsgruppen

Diese Meinung der Notwendigkeit von neuen Arbeitsgruppen setzte sich gegen über den Vorschlägen der Aktionisten durch. Bedürfnisse im Zusammenhang mit einem kommenden Kultur-, Jugend- und Kommunikationszentrum auf dem Inlandsschlacht-

hof wurden geäußert, zunächst zögernd, manchmal etwas abstrakt, dann direkter, handfester.

Arbeitsgruppen wurden auf ein großes Papier geschrieben: Jugendarbeit (Walter P.), Theater (Heini), Arena Aktiv (Christa und Kollektiv), Kinderhaus (Eva Dité), Literatur (Hannes), Foto (Foto-Peter ua.), Kreativität (Lore Heuermann), Medien (Achim R.), Kommunales Kino (Dieter Schr.), Stadtzeitung (Isabella), Versorgung (Otto und Küchenfranz), 8 mm-Film (Paul) und der gute alte AVC. Herbert L. sprach von Sozialarbeit.

Es wird nun wichtig sein, daß diese Arbeitsgruppen bald eine wirkliche Basis erhalten (z. B. ein Gelände) und daß diese Initiativen sich ausweiten, die Inhalte in der Praxis sich konkretisieren.

Ein Verein, eine Vereinsammlung kann hier nur ein erster Schritt sein. Dieser ist getan. Der Verein an sich wurde an diesem Abend kaum in Frage gestellt. Höchstens von den Vereinsaktivisten selbst. "Kritisiert uns doch etwas!", rief einer von ihnen in den Saal.

Dieter Schrage ★

Am Beispiel G. Nennings:

Weder rot noch realistisch

Es liegt uns fern, die politische Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, dem historisch und gegenwärtig entscheidenden Faktor in der österreichischen Arbeiterbewegung, zur persönlichen Polemik verkommen zu lassen. Aber Kreisky ist mehr als ein Exponent sozialdemokratischer Politik in Österreich, und so wurde er auch wiederholt beim Namen genannt. Auch Nennung ist mehr als ein bloßer Typ sozialdemokratischer Intelligenz. Er ist über Österreich hinaus bekanntgeworden als engagierter Linksintellektueller, und er verstand es auch, diese Rolle so zu spielen, als wäre er es in Österreich ganz allein. Er stellte seine journalistischen Fähigkeiten so nachhaltig in den

Dienst der eigenen Person, daß deren Publizität denn auch regelmäßig jene der Sache, um die es ging, in den Schatten stellte. Über manche fescche Formulierung Nennings stolperte der Inhalt und brach sich der Gedanke das Genick. Als guter Journalist spannte er alles, was gerade ein "Renner" war, vor den eigenen Karren. Und als guter Intelligenzler schaffte er es immer, seine persönliche Entwicklung mit der gerade aktuellsten objektiven der Zeit in Einklang zu bringen. Ja vielmehr noch. Manchmal war es einfach nicht zu erraten, wie die Dinge ihren Lauf nahmen, ob nicht der Dialog zwischen Christen und Marxisten überhaupt erst in Gang kam, weil Nennung in die Kirche ein-

trat; ob nicht die Neue Linke sich erst zum Politikum mausern konnte, weil Nenning seine zweite Jugend erlebte; ob nicht gar die sexuelle Emanzipation gebieterisch um gesellschaftlichen Einlaß begehrte, weil Nenning seinen zweiten Stimmbruch hatte. Und hat es schließlich der Eurokommunismus nicht knapp, aber doch geschafft, zum dominierenden Diskussionsgegenstand der Linken zu werden, nachdem er sich längst in Nennings strategischen Überlegungen als "sozialdemokratoides" Versatzstück einen Ehrenplatz erkämpft hatte?

Nenning ist ein Meister der Wendungen, er ist ein Genie der Wandlungen. Wenn sein Gespräch mit Prominenten das Fernsehpublikum zum Einschlafen bringt, weckt er es mit dem hysterischen Geschnatter einer intellektuellen Biertischrunde umso lautstärker auf. Jetzt wissen die paar Arbeiter und Angestellten, die sich im Kanal geirrt haben und einige Minuten vor der hektischen Runde verharren, daß sie mit ihrer Meinung von den Klugscheißern immer schon recht gehabt haben. Nenning macht's möglich.

Sein Wirken in den eigenen publizistischen vier Wänden ist nicht weniger atemberaubend. Seine Redaktionsbeiräte, nationale und internationale, markieren seine Träume von der großen internationalen Zeitschrift des Dialogs, dann von der führenden linken Zeitschrift deutscher Zunge und jetzt vom geheimen Zentralorgan der 2. Internationale. Das eine Projekt legte sich dem anderen in die Quere, Redaktionsbeiräte traten aus und ein, Eigentumsverhältnisse und Ideologien rauften sich gegenseitig die Haare, Persönliches und Öffentliches rangelten quer über Redaktions-tische und die Seiten der Zeitschrift. Diese Schrift der Zeit, wie Nenning das "Neue Forum" gerne nennt, war nie ein Menetekel, sondern stets eine intellektuelle Leuchtreklame in passenden Modifarben. Sie leuchtete einmal tiefrot, jetzt wird sie auf rosa geschaltet. Nenning kommt mit dem Ein- und Ausschalten der Lichter kaum nach. Er sagt es selbst, also unterschiebt man ihm damit garnichts, was er nicht ohnehin mit seinem eigenen Charakter für vereinbar hält: auch Ideen, Artikel, Aufrufe, Pamphlete, sozialistisch, sozialdemokratisch, christlich, revolutionär müssen

sich verkaufen. Warum sollten sie sich der Form entäußern, die sie daran hindert, materielle Gewalt zu werden? Auch linker Journalismus hat seinen Mann zu ernähren. Nenning war nie um eine Kostenrechnung verlegen. Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral. Nenning überträgt seine Lebensphilosophie selbstverständlich auch auf die große Ideologie. Dann wird sozialdemokratisch rot und Opportunismus heißt Realismus. Ohne Moral auch keine Verräter. Der Kreisky schleicht als sozialistischer Kater-Murr auf rosa Samtpfötchen in der Weltgeschichte herum, und weiß nicht wie er dazu kommt. Dieser Nenning ist doch wirklich manchmal ein Wurschtel, wird er sich denken. Er will unbedingt die rote Katze loslassen, wo sie doch endlich wieder im Sack ist.

Was Männer des harten langen Marsches auf rosa Samtpfötchen von seinen Überlegungen halten, zeigt die Rezension des jüngsten Nenningschen Wurfs durch den Clubobmann der SPÖ und einstigen roten, heute immerhin noch realistischen Heinz Fischer. "Wenn man als Politiker hie und da angesichts der Mühsal des täglichen Kleinkrams ideologische Bauchschmerzen bekommt, (...) dann legt sich Günther Nennings Buch wie ein warmer Thermophor auf solche ideologische Bauchschmerzen." Was für ein Kompliment! Und wenn Sozialdemokraten an ideologischer Darmverstopfung leiden? Ist dann Nenning das probate Abführmittel etwa? Androsch, Benya, Gratz und Kienzl mögen nicht wenig verblüfft gewesen sein, als sie von Nenning bestätigt bekamen, daß ihr ganzes Mühen um den schwierigen kapitalistischen Sozialpartner eigentlich dessen unaufhaltsamer Umwandlung in den guten sozialistischen Kerl von morgen dient. Wie das? Nennings Rückgriff auf die seichtesten Traditionen des Diamat, die Vorstellung vom Ablauf der Geschichte gleich einer Schmierenkommödie mit Happy-end macht Sozialpartnerschaft zum tod-sicheren Mittel, Kapitalismus in Sozialismus umzuwandeln. "Nicht zwischen Gesundpflegen und Euthanasie (durch Revolution) hat sich der sozialistische Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu entscheiden, sondern die bittere (oder auch nicht so bittere) Arznei sozialpartnerschaftlicher Reformen wird langfristig die Weiter-

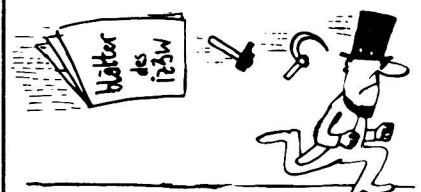
entwicklung vom kranken Kapitalismus zum Sozialismus bewirken". Fischer lernt die Nenning'sche Dialektik schnell, denn sie g'fällt ihm: "Das ist gut und sozialdemokratisch gedacht: Der gute Maulwurf 'Sozialdemokratie' gräbt und gräbt so lange, bis er den Sozialismus herausgebuddelt hat." Der Mann sozialdemokratischer Praxis, der oft bis an die Schultern in Dingen herumwühlen muß, die sicherlich weniger mit Gesundpflegen des Kapitalismus als mit der Bereinigung seiner Exkremente zu tun hat. Fischer ist um einige Klassen gescheiter, weil durch Erfahrungen gewitzter als ein ideologischer Windbeutel. Fischer bleibt auf dem Boden der Realitäten, wo Nenning bereits auf rosa Wolken des sozialpartnerschaftlichen Himmels Richtung Sozialismus segelt. "Was ist aber, wenn der Maulwurf Sozialdemokratie plötzlich auf ganz hartes Gestein stößt oder wenn er unter der Erde die Orientierung verliert? Ist Sozialismus einfach die nächste Phase der Entwicklung der Industriegesellschaft, die kommen muß, egal welche kleine oder größere Links- oder Rechtskurven am Weg dahin liegen mögen? Oder sind auch andere Zukünfte denkbar - trotz Sozialpartnerschaft und unbestreitbarer historischer Erfolge?" Dieser eine Gedanke, den der Realist Fischer Nenning zum Überlegen gibt, ist beachtlicher als alles zusammen, was Nenning so im Lauf der Zeit an "roten" Ideen von sich gegeben hat.



blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt
78 Freiburg, Postfach 5328 Tel. 0761/74003

Die blätter des iz3w enthalten regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt + geben Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und Elend der Massen in der Dritten Welt + beleuchten die „Entwicklungshilfe“ + erörtern Theorie und Praxis der Widerstandsbewegungen + nehmen Teil an der Diskussion über Dritte-Welt-Arbeit in der BRD



Abonnement (10 Nummern im Jahr) DM 25,- für
Studenten etc. DM 18,-
Probenummer bestellen!

Dieser leise Zweifel resümiert die geschichtliche Notwendigkeit des subjektiven Faktors, ohne den der befreiende Gedanke bloß gedachte Befreiung bleibt, die umwälzende Theorie bloß theoretische Umwälzung und Realismus zum Opportunismus wird. Nennung vorzuwerfen, daß er mit reformistischem Wasser kocht, ist müßig. Daß er es aber, wenn es verdampft ist, als Umschlagprozeß in den Sozialismus ausgibt, ist unseriös. Und wenn er sein Wässerchen nur aufkocht, um den Thermophor für sozialdemokratische Bauchschmerzen zu bereiten, ist auch nichts dage-

gen zu sagen, solange er dies nicht als die eigentlich authentische revolutionäre Praxis feiert.

Wenn er sich schon zur Ehrlichkeit aufrafft zuzugeben, daß zum Journalismus stets eine Portion Opportunismus gehört, soll er doch bei dem Leisten bleiben. Wenn er an Marx herummurkst, ist er weder rot noch realistisch, weder Realist noch Verräter, weder Fisch noch Fleisch, weder Revolutionär noch Reformist, weder Denker noch Dichter, sondern - eben ein Journalist.

Z. ★

Wer entscheidet über Atomenergie?

"Die kapitalistische Wachstumsideologie sieht das Prinzip der Akkumulation von allen humanen und ökologischen Notwendigkeiten losgelöst. So war unser Wirtschaftssystem zwar fähig, die Produktivkräfte gegenüber dem z. B. mittelalterlichen Wirtschaftssystem ungeheuer zu entwickeln, doch zerstörte es neben den menschlichen Beziehungen auch zunehmend die materielle Basis des Lebens überhaupt. Diese Tatsache, die sich wie ein immer stärker werdender roter Faden durch unsere Vergangenheit und Gegenwart ziehen, wurden in der Linken bisher zu einseitig diskutiert. . . Heute besteht die Möglichkeit, das Leben auf der Erde so nachhaltig zu stärken, daß der weltweite Aufbau eines alternativen Wirtschaftssystems entscheidend behindert wird." (aus: "Friedlich in die Katastrophe", H. Strohm)

ATOMKRAFTWERKE SIND EIN ZU GROSSES SICHERHEITSTECHNISCHES UND GESUNDHEITSGEFÄHRDENDES RISIKO

Unter den Wissenschaftlern sind die Meinungen über die Gefährlichkeit der Erzeugung von Atomstrom geteilt. Unbestritten ist aber, daß noch zu wenig Forschungsergebnisse über mögliche und ausschließbare Gefahrenmomente vorliegen. Die Bedenken der Atomkraftwerksgegner hinsicht-

lich der Gefährdung der Umgebung von Atomkraftwerken (Nebelbildungen, Erwärmung der Flüsse, Abgabe radioaktiver Substanzen) können zwar bezweifelt, aber nicht entgegnet werden. Einige Störfälle kamen einem Super-GAU bedenklich nahe (im "Spiegel" läuft eben über dieses Thema eine Serie). Bis 1973 sind 58 Reaktoren wegen Störfälle entweder stillgelegt, oder gar nicht in Betrieb genommen worden. Das Atomkraftwerk-Würgassen wurde nach dem selben Schema wie das in Zwentendorf gebaut. Es ist seit 1971 in (oder besser gesagt außer) Betrieb und brachte die AEG an den Rand des Ruins. Anlässlich eines dort einmal auftretenden Schadens vertrat Bundesminister Genscher die Ansicht, "daß der aufgetretene Schaden seiner Art und dem Umfang nach dem größten anzunehmenden Unfall (Gau) nahekommt, für den Sicherheitseinrichtungen des Siedewasserreaktors, einschließlich des Sicherheitseinschlusses zur Rückhaltung radioaktiver Stoffe gerade noch ausgelegt sind." (zit. nach Strohm, Seite 296).

Sicherlich sind ein Großteil der Unfälle in der weiteren Entwicklung vermeidbar. Aber gerade das Faktum, daß Atomkraftwerke noch lange keine ausgereifte Technologie sind, bestätigt unsere starken Vorbehalte gegenüber Atomkraftwerks-Befürwortern, welche die Unfälle verschweigen oder

uns präpotent angeifern, der technologische Fortschritt bringe halt große Gefahren mit sich (wie z. B. Kienzl von der Nationalbank).

Noch gravierender sind die Probleme der Wiederaufbereitung und Endlagerung.

MIT JEDEM WEITEREN ATOMKRAFTWERK STEIGT DIE ABHÄNGIGKEIT VON DER ATOMINDUSTRIE

Prof. Broda: "Natürlich wird mit jedem Jahr, in dem weitere riesige Beiträge in Kernkraftwerke, in mit ihnen zusammenhängende Anlagen und in die Heranbildung von Fachleuten investiert werden, der schließlich doch noch notwendige Rückzug von der Kernenergie schwerer. Die Schwierigkeiten der Energiewirtschaft werden in vielen Ländern vom Militär ausgenutzt. . . Zusammen bilden sie (Großkonzerne und Teile des Militärs) den militärisch industriellen Komplex." Die Atomkraftwerks-Industrie ist der Prototyp einer neuen Schaltstelle im Imperialismus. In einem bisher unbekanntem Ausmaß gelingt es dieser Gruppe von Monopolen ihre enge Verfilzung mit staatlichen Stellen (z. B. Siemens Österreich) in der staatlichen Forschungs-, Energie- und generellen Wirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen zu lassen.

WIRD DIE ATOMENERGIE IN DEN NÄCHSTEN JAHREN AUSGEBAUT, SO IST DER GEFÄHRLICHE SCHNELLE BRÜTER EINE UNAUSWEICHLICHE FOLGE, da die reichen uranhältigen Erze zur Jahrhundertwende ausgehen werden. Ein mögliches Versagen im "Schnellen Brüter" kann im Gegensatz zu den heute üblichen Atomkraftwerken eine atomare Explosion bewirken. Weiters ist Plutonium unter allen Stoffen von praktischer Bedeutung das bei weitem gefährlichste Gift.

"So waren per 31.12.1975 insgesamt 173 Atomkraftwerke mit einer installierten Nettoleistung von rund 71.000 MW in Betrieb, jedoch 353 mit einer Nettoleistung von 323.000 MW in Bau oder bestellt. . . Wird in den nächsten Jahren - und die Atomindustrie und die ihrem Einfluß nachgebenden Regierungen befinden sich

eindeutig auf dieser Linie – im bisherigen Ausmaß weitergeplant und gebaut, ist die 'Diktatur des Plutoniums' mit ihren ungeheuren Gefahren unanwendbar" (Paul Blau).

DER GRÖSSTE TEIL DER ENERGIEFORSCHUNGS-AUFWENDUNGEN FLIESST IN DIE ATOMENERGIEFORSCHUNG, DAMIT WIRD DIE ENTWICKLUNG ANDERER ENERGIE-TRÄGER BLOCKIERT

In der BRD verschlingen Militär und Atomtechnologie 80 % der Forschungsaufwendungen. Das vierte Atomprogramm sieht für 1974-1977 6,1 Mrd. DM für Atomforschung vor. In den USA ist die Weltraumforschung ein weiterer Schwerpunkt. In Österreich spielt sich alles in viel geringeren Größenordnungen ab. 1973 betrug die staatlichen Forschungsgelder für Erdwärme- Wind- und Sonnenenergie zusammen nicht einmal eine Million Schilling. Für die Kernkraftwerksforschung wurden in diesem Jahr 38,8 Millionen Schilling ausgegeben.

POLIZEISTAATLICHE METHODEN WERDEN IM GEFOLGE DER ATOMKRAFTWERKS-PROJEKTE IMMER STÄRKER EINGESETZT

Die Objekte müssen vor Atomkraftwerksgegnern und Terroristen geschützt werden. Die Kernbrennstoffe müssen ganz genau kontrolliert werden und Unfälle "müssen" vertuscht werden. So schreibt der französische Journalist M. Bosquet: "Gegner und Kritiker des Atomprogramms werden vom Innenministerium aktenmäßig erfaßt... Ein internes Rundschreiben verbietet allen Mitglieder der CEA (Commissariat à l'Énergie Atomique) jede Kritik des französischen Atomprogramms. Ein internes Rundschreiben der EDF (Electricité de France) betrachtet jede Infragestellung des Programmes als ein subversives Unternehmen, um das gute Funktionieren der Gesellschaft zu behindern. Die gewerkschaftlichen Rechte werden in verschiedenen Industrien der Atomenergie beschnitten oder bedroht. Die Beamten des zentralen Strahlenschutzdienstes werden durch Eid verpflichtet, die von ihnen festgestellten Ausmaße von Radioaktivität geheim zu halten. Der nukleare Imperativ wird zur Staatsräson erhoben.

Sicherheitskräfte neuer Art werden die Transporte begleiten, die Personen im Umkreis von Kernkraftanlagen kontrollieren und die tausenden Arbeiter überwachen, die direkt oder indirekt mit Hantierung, Bearbeitung, Wiederaufbereitung und Lagerung von hochaktiven Stoffen, insbesondere Plutonium beschäftigt sind".

Die Alarmpläne für Katastrophenfälle müssen es in sich haben, sie werden nicht einmal publik gemacht, auch auf die Gefahr hin, daß beim Eintreten der Katastrophe diese Pläne von der betroffenen Bevölkerung nicht eingehalten werden können.

DIE KRIEGSGEFAHR STEIGT

Südafrika, Pakistan, Indien, Brasilien, Argentinien, aber auch die BRD sind nicht gerade vertrauenswürdige Staaten. F.J. Strauß ist einer der maßgeblichsten Politiker im deutschen Atomwesen. Er war der erste Minister für Atomenergie.

"Was heute manche Atomstaaten von Atomwaffenstaaten unterscheidet, sind lediglich ein paar Stunden oder höchstens Tage Arbeit an einer Bombe, sofern sie sich rechtzeitig die paar Kilogramm Plutonium abgezweigt haben." ("Die Presse" 11.1.1977)

Lokale Konflikte laufen jetzt Gefahr in Atomkriege auszuarten und auf globaler Ebene wird es sich mit dem "positiven" Moment des Gleichgewichts des Schreckens auch immer mehr aufhören, da die Gefahr von einer weltweiten Eskalation von "lokalen" Atomkriegen natürlich immens wird.

ALTERNATIVEN

Der Atomstrom ist zumindest ein Wagnis. Damit werden auch Befürworter des Atomstroms übereinstimmen. Sie versprechen uns dafür sichere Arbeitsplätze und eine Steigerung des Lebensstandards. Nach den offiziellen Prognosen "muß" aber zur Erreichung dieses Zieles die Stromproduktion bis zum Jahr 2000 versechsfacht und bis zum Jahr 2050 versechshunddreißigfacht (!!!) werden. Das ist natürlich nicht mit konventionellen Energieträgern (Kohle, Gas, Wasserkraft, Erdöl) zu bewerkstelligen. Sonnen-, Wind- und geothermische Energie wird in

diesem Zeitraum die Lücke ebenso nicht füllen können. Diese Energieprognosen führen in die Sackgasse, nicht nur weil sie einen rapiden Einsatz der Atomenergie erfordern, sondern weil sie die Irrationalitäten unseres Wirtschaftssystems ins Unermeßliche steigern würden.

Zum Beispiel wird bei dem jetzigen Wachstum der Atomkraftwerks-Produktion nicht viel mehr Energie von den fertigen Atomkraftwerken erzeugt werden können, als für den Bau der weiteren geplanten Atomkraftwerken notwendig ist (incl. der Uranförderung, den Anreicherungsanlagen, Brennelementeerzeugung, Wiederaufbereitung, Endlagerung und Abbau der Anlagen). "Die Schätzungen der Fachleute, welche Verdopplungszeit gerade noch möglich wäre, ohne insgesamt mehr Energie für den Bau neuer Kraftwerke aufwenden zu müssen, als die gerade gebauten liefern, gehen auseinander: sie liegen aber meist zwischen weniger als einem Jahr und fünf Jahren. In den Plänen vieler westlichen Industriestaaten sind für den Ausbau der Kernenergie in den nächsten Jahren Verdopplungszeiten von etwa fünf Jahren vorgesehen" (Seite 19, "Kernenergie – ein Problem unserer Zeit". Hrsg.

Bundespressdienst). Zum Beispiel errechnete Schaefer vom Porsche Entwicklungszentrum, daß bei einer technologisch möglichen Verbesserung der Autos hinsichtlich zeitlicher Haltbarkeit enorm viel Energie eingespart werden könnte. Hielten die in einem Jahr erzeugten VWs doppelt so lang, so könnte man dadurch so viel Strom einsparen, wie für die einjährige Stromversorgung von Österreich notwendig ist. Sicherlich gibt es noch einen großen Bedarf an energieintensiven langlebigen Gütern, bestimmt wird zur Humanisierung der Arbeitswelt oft zusätzliche Energie notwendig sein. Wenn man aber diesen Mehrbedarf mit den möglichen Einsparungen vergleicht, so ließe sich ohne Verzicht auf eine Steigerung der Lebensqualität das Energiewachstum drosseln.

40 % des Energieverbrauchs entfallen auf die Raumheizung und die Warmwasseraufbereitung. Die hochwertigen Energieformen, wie Elektrizität, Kohle, Gas und Öl, könnten in diesem Bereich mit Hilfe neuer Forschungs-



prioritäten durch direkte Nutzung der Sonnenergie ersetzt werden. Der Komplex Verkehr und Gütertransporte müßte nach vernünftigeren Richtlinien gelöst werden. Auf dem Gebiet von energiesparenden Technologien und einer ausgewogeneren dezentralen Wirtschaftsstruktur sind die Gedanken von Illich und Schuhmacher diskussionswürdig.

Alle diese Vorschläge sind nur längerfristig realisierbar. Außerdem erfordern sie einen grundsätzlichen politischen Wandel. Solange das kurzfristige auf Einzelunternehmen orientierte Rentabilitätsdenken vorherrscht, wird langfristige Planung unter den oben genannten Gesichtspunkten unmöglich sein.

Eine Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf bedeutet bestimmt

keine Sicherung der Arbeitsplätze, eine "ausreichende" Versorgung mit Energie war wohl noch nie eine Garantie für Vollbeschäftigung. Bei Energieengpässen werden aber sicherlich die Beschäftigten das am ehesten zu spüren bekommen.

Für Zwentendorf wäre noch eine genaue Kostenrechnung interessant, die aufdecken könnte, daß trotz der investierten 6-9 Milliarden Schilling eine Nichtinbetriebnahme billiger käme als die mit der Betriebsnahme verbundenen Kosten der Stilllegung der radioaktiven Anlagen, der sicheren Müllzwischen- und Endlagerung, der stark ansteigenden Uranpreise, der immer teurer werden Zwischenaufbereitung, verschiedener Störfälle etc.

Hans Steiner



stellte sich in der Diskussion über die Geschichte der sogenannten Übergangsgesellschaften gerade der Bruch oder die Brüche als der rote Faden heraus, sodaß heute besser von einer Kontinuität der Brüche als von bloßen Brüchen in der Kontinuität gesprochen werden muß.

Eine praktische Frage

Nun könnten wir hier damit beginnen, diese Brüche im einzelnen aufzuzählen und zu analysieren. Wir sollten jedoch den in der marxistischen Diskussion über die Übergangsgesellschaften oft gemachten Fehler vermeiden: vom Gegenstand, Sinn und Zweck der Diskussion soweit zu abstrahieren, daß statt der näheren Bestimmung eines praktischen Verhältnisses, also Politik, "reine" Theorie getrieben wird, die alles schön schlüssig ableitet - teils aus der Fortdauer der Warenproduktion, der Tauschverhältnisse und damit der "Entfremdung", teils aus dem Fortbestehen des Staates -, aber mit den Resultaten nichts anzufangen weiß.

Es geht schlicht und einfach um folgenden handfesten Tatbestand: Einerseits ist die gesellschaftliche Realität und die politische Praxis des "realen Sozialismus" für Kommunisten und Sozialisten der kapitalistischen Länder ein diskreditierender oder der erschwerende Faktor schlechthin im Kampf für eine glaubwürdige sozialistische Perspektive. Andererseits wäre ohne die materielle Hilfe und den praktischen Beistand dieser Länder der Sieg der Indochinesischen Revolution über die US-Intervention, der Sieg der MPLA in Angola über Söldnertruppen und südafrikanische Eliteneinheiten, die Fortschritte vieler Befreiungsbewegungen der 3. Welt äußerst erschwert, um nicht zu sagen unmöglich gewesen. Das Dilemma gilt auch für die VRChina, wenn auch oft mit umgekehrten Vorzeichen: die Kulturrevolution, die Handhabung wirtschaftlicher und anderer innenpolitischer Probleme haben in vielen Fällen für die marxistische Linke außerhalb der Übergangsgesellschaften exemplarischen Charakter gewonnen. Die chinesische Außenpolitik ist dafür umso schockierender und unverständlicher. Freilich ist auch die Außenpolitik der SU und ihrer Verbündeten nur in einigen

Übergangsgesellschaften:

Der lange Marsch zum Sozialismus

Diesen Übergangsgesellschaften, die den "realen Sozialismus" für sich reklamieren, ist ein Mammutanteil linker Publikationen der letzten Jahre gewidmet. Und die Stellung zur Sowjetunion (einst der Prüfstein für Sozialisten, der unter Stalin durch die Komintern Bruderparteien und allen Revolutionären oft wie ein Mühlstein um den Hals gelegt wurde), ist heute wieder aktueller denn je, wenn auch noch komplizierter geworden. Denn die SU hat sich nach dem 2. Weltkrieg im Kleinen multipliziert und im Großen wahrhaftig verdoppelt: mit den Volksdemokratien in Osteuropa entstand das "sozialistische Lager" - wobei für ein Bündnisystem sicherlich auch ein weniger verfängliches Wort als dieses "Lager" hätte gefunden werden können; die chinesische Revolution hat dem größten Land der Erde das größte Volk der Erde im weltrevolutionären Prozeß an die Seite gestellt. Dem politischen und moralischen Prestige dieses nicht nur geographisch imposanten Gebildes konnten sich Kommunisten und Sozialisten trotz aller oder

gerade wegen der enormen Schwierigkeiten und Probleme im Leben dieser Länder nicht entziehen ohne ihre politische Identität aufzugeben. (Viele gaben lieber ihre persönliche Identität auf.) Es bedurfte solcher Paukenschläge wie des 20. Parteitags der KPdSU, des Geheimberichts Chruschtschews, des Aufstands in Ungarn 1956 und vor allem des chinesisch-sowjetischen Bruchs und der Intervention in der CSSR, um überhaupt die Frage nach dem sozialistischen Charakter dieser Länder stellen, den sozialistischen Charakter dieser Länder in Frage stellen zu können - ohne vor der Ungeheuerlichkeit solcher Zwecke wenigstens ideologisch zu Tode zu erschrecken. Auch schien es zunächst, als könnte die Kardinalfrage vermieden werden, indem durch einen bloßen Wechsel der Bezugspunkte, durch ihre historische und geographische Verlagerung vom alten zu einem neuen Zentrum der Weltrevolution und des Aufbaus des Sozialismus (von Moskau nach Peking) die Kontinuität gerettet und gewahrt werden könnte - und sei es um den Preis des Bruches. Indes

Ausnahmefällen, die die Regel bestätigen, von jenem progressiven Charakter, der sich sonst in der zumeist praktizierten Außenpolitik schmerzlich vermissen läßt. Das jüngste Beispiel bietet dafür Indien. Aus rein geographi-



sch-strategischen Überlegungen wird die Indira-Gandhi-Clique, wird die Kongreßpartei als Garanten des Fortschritts glorifiziert, wird ihre Außenpolitik als friedliebend gefeiert, werden die moskautreuen Kommunisten in eine Situation manövriert, die - nicht das erste Mal in ihrer Geschichte /siehe OL, Nr. 16/ - nicht nur subjektiv entwürdigend, sondern vor allem objektiv für die Kommunisten und für eine sozialistische Alternative in Indien katastrophal ist. Wir könnten eine komplette Liste aufstellen. Wir wollen aber am Wesentlichen festhalten: die Existenz und die Politik des "realen Sozialismus" ist zutiefst widersprüchlich. Sie trägt progressive Züge, was die Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes und der nationalen Befreiungsbewegungen der 3. Welt betrifft. Sie ist rückschrittlich oder zum mindesten dem Fortschritt hinderlich durchwegs dort, wo ihre Maßnahmen und Entscheidungen repressiver Art sind, der Knebelung und Unterdrückung demokratischer Freiheiten und Rechte dienen.

Verkehrte Basis, verrückter Überbau

Damit sind wir auch beim zentralen Punkt der Kritik an den realen Ver-

hältnissen in der SU und den Volksdemokratien. Und hier läßt sich wieder der ambivalente Charakter des "realen Sozialismus" ein zweites Mal in aller Schärfe aufzeigen: Die Produktionsmittel sind privater Verfügungsgewalt weitestgehend entzogen worden, die Früchte gesellschaftlicher Produktion werden nicht mehr privat angeeignet - wenn es auch noch genug Schmarotzer und privilegierte Nascher gibt. Soweit ist eine der Voraussetzungen sozialistischer Produktions- und Aneignungsweise geschaffen, die Basis aller kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse umgewälzt worden - aber etwas fehlt. Eine zweite, ebenso unabdingbare Dimension sozialistischer Verhältnisse, die direkte Produzentendemokratie, die freie Assoziation der Produzenten, wie Marx es nannte, ist bis auf verstümmelte Karikaturen nirgends in Sicht. Im Namen einer Diktatur des Proletariats, als dessen Vorbild wiederum Marx die Pariser Kommune mit ihren Basis- und Räteorganen, mit deren jederzeitiger Wählbarkeit und Abwählbarkeit, Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflichtigkeit feierte, im Namen dieses heroischen Modells der radikalen Aufhebung - Ergänzung und Bereicherung - bürgerlicher Freiheiten und Tugenden herrscht in diesen Ländern eine öde und plumpe Diktatur einer Partei, d. h. ihres bürokratisch erstarrten Apparates, d. h. dessen oberster Führung, d. h. ihres obersten Führers. Streng hierarchisch, feudalistisch, eben einer früheren, vorsintflutlichen Produktionsweise entstammend, die neue, keimende erstickend, zurückwerfend, behindern.

Freilich ist diese neue Produktionsweise mehr in ihren Ansprüchen als in ihren tatsächlichen Funktionen, mehr nach ihren Anlagen als nach ihren bestehenden Erscheinungsformen präsozialistisch oder gar sozialistisch zu nennen. Freilich sind auch alle Formen der Entäußerung des Produzenten, die Bedingungen der Arbeit und ihre Bewältigung, die Mehrwertproduktion, die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und ihre Reproduktion denen kapitalistischer Länder verdammt ähnlich geblieben. Und das noch mit dem erheblichen negativen Unterschied gegenüber den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, daß im "realen Sozialismus" vielmehr Ausschluß, und das viel langsamer und

viel aufwendiger, daher auch gesamtgesellschaftlich teurer erzeugt wird. Daß oft die Quantität der Produkte - im buchstäblichen Sinn der Schwere und Schwerfälligkeit der Menge - der Qualität kapitalistischer Erzeug-



Zwei verdiente Genossen: Der Oberbefehlshaber der Warschauer Pakt-Streitkräfte (links). Der Chef des Generalstabs der Sowjetarmee (rechts).

nisse oft nachhinkt oder gänzlich unterliegt. Und freilich gleichen die Formen der Aneignung, die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts jenen im Kapitalismus wie abgeschaut. Allerdings mit dem ärgerlichen negativen Unterschied gegenüber den kapitalistischen Ländern, daß im "realen Sozialismus" Dienstleistungen verschiedenster Art, soweit sie nicht die Grundbedürfnisse betreffen, sondern Bedürfnisse höherer Lebensqualität darstellen, entweder nicht und nicht funktionieren oder erst gar nicht vorhanden sind. Gewiß: ein bestimmter niedriger Durchschnitt an Lebensstandard ist für jeden garantiert, Arbeitslosigkeit und Existenzsorgen ganz krasser Art sind unbekannt, soziale Einrichtungen wie Kinderhorte, Kindergärten, die Kosten der Ausbildung und des Unterrichts, kultureller Leistungen sind einem wirklichen Massenanspruch und Massenbedürfnis angepaßt, oft besser entwickelt und gewährleistet als in den Mustersozialstaaten der kapitalistischen Welt. Es gibt im allgemeinen weniger Streß, weniger Ar-



beitshetze, weniger, Leistungsdruck, weniger Nervenbelastung – aber etwas fehlt.

Des Rätsels Lösung

Dieses fehlende Etwas, die sozialistische Demokratie, wäre auch des Rätsels Lösung für unbefriedigende Produktivität und verheerende Arbeitsmoral, für die mangelnde Qualität der Produkte, für Versorgungsschwierigkeiten und Engpässe, für bürokratische Langsamkeit und Schlamperei, für die erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber dem gesellschaftlichen, das heißt eben kollektiven Eigentum und Interesse, für den demonstrativen Rückzug ins Privatleben, für die neuen bisher unbekanntenen Blüten des Egoismus, der Engstirnigkeit und Verlogenheit. Jawohl, das Fehlen von diesem Etwas und die gesellschaftlichen Auswirkungen davon produzieren plötzliche Explosionen, exzessive Entladungen des Volkzorns und des Protests: in Stettin und Danzing *) 1970 und – wie sich doch die Geschichte in diesen Ländern wiederholt! – aus fast denselben Ursachen in Ursus und Radom 1976; 1953 in Ost-Berlin; 1956 in Polen und in Ungarn. Die Unruhe der Intellektuellen in der SU und der DDR, in Polen und der CSSR, in Rumänien und Ungarn – sie sind oft hilfloser und daher unbeholfener Ausdruck des Fehlens der sozialistischen Demokratie, d. i. politische Kontrolle von unten, die permanente Konfrontation des Erreichten mit dem Geplanten ohne Schönfärberei, in aller Offenheit und Öffentlichkeit, mit den Waffen der Kritik und Selbstkritik auf allen gesellschaftlichen Ebenen gegenüber allen politischen Instanzen ohne Bevormundung und Reglementierung, ohne den Schatten der Möglichkeit der Einschüchterung oder Verfolgung.

Wirklicher Sozialismus oder Barbarei

Der Sozialismus kann nur weltweit in sich geschlossen und homogen errichtet werden. Inmitten eines übermächtigen kapitalistischen Weltmarkts und imperialistischer Bedrohung werden

Produktions- und Distributionsstrukturen, werden Staat und Staatsorgane weder total transformiert, noch zum Absterben gebracht werden können. Das eine ist ein Ding objektiver Unmöglichkeit, das andere eine Frage des Überlebens. Die Deformationen der jungen Sowjetrepublik unter Lenin waren der kühl und kühn kalkulierte Preis fürs Überleben. Überlebt (aber auch sich überlebt) haben die Deformationen und wurden zum System, das mal friedlich, mal bewaffnet innen und außen befestigt werden muß. Die Übergangsgesellschaften haben Festungscharakter. Der Belagerungszustand wirkt sich oft stärker nach innen als nach außen aus. Es ist leichtfertig, den höchsten Verantwortlichen dieses Systems unterstellen zu wollen, daß sie nur wegen der Identifikation ihrer eigenen Macht mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten zu den Schlußfolgerungen kommen, die das System immer wieder in die Sackgasse führen. Es ist vielmehr die Angst vor unberechenbaren inneren und äußeren Entwicklungen, die das Bürokratenhirn und -herz quälen, ihm das nahelegen, was am sichersten scheint: die Befestigung seiner Herrschaft über die Gesamtgesellschaft. Diese Logik kann nur durch Erfahrungen ad absurdum geführt werden. Durch schlimme, durch blutige Erfahrungen, die heute bereits eine Grenze erreicht haben, wo sich die Frage für die Übergangsgesellschaften in schicksalshafter Eindringlichkeit stellt: sozialistische Demokratie oder Stalinismus. Die Antwort auf diese Frage wird nicht ohne Folgen bleiben auf die Beantwortung der Kardinalfrage in den kapitalistischen Ländern, die da lautet: Sozialismus oder Barbarei.

Zsolt Patka



* Wir sind uns bewußt, daß von revanchistischer Seite die deutsche Bezeichnung für diese Städte aus politischen Gründen verwendet wird. Wir sind aber andererseits der Meinung, daß nach 30 Jahren die Zugehörigkeit zu Polen auch durch die deutschen Bezeichnungen nicht bestritten werden kann. Auch "Rom" und "Lissabon" – statt Roma und Lisboa meinen ja nicht großdeutschen Chauvinismus.

Ägypten:

Modernes Pharaontum

Eines der gängigen Klischees in der Geschichte des Horrorfilms ist die Mumie, die zu neuem Leben erwacht und auf technisch mehr oder minder ausgeklügelte Art ihre Umgebung in Schrecken versetzt. Die Bauern des Niltals, die Fellachen, bedürfen freilich keiner künstlichen Gruselvisionen und schon gar nicht jener, von einbalsamierten Königen. Umsomehr, als sich die Lebensbedingungen der ägyptischen Bevölkerung seit der Pharonenzeit kaum verändert haben.

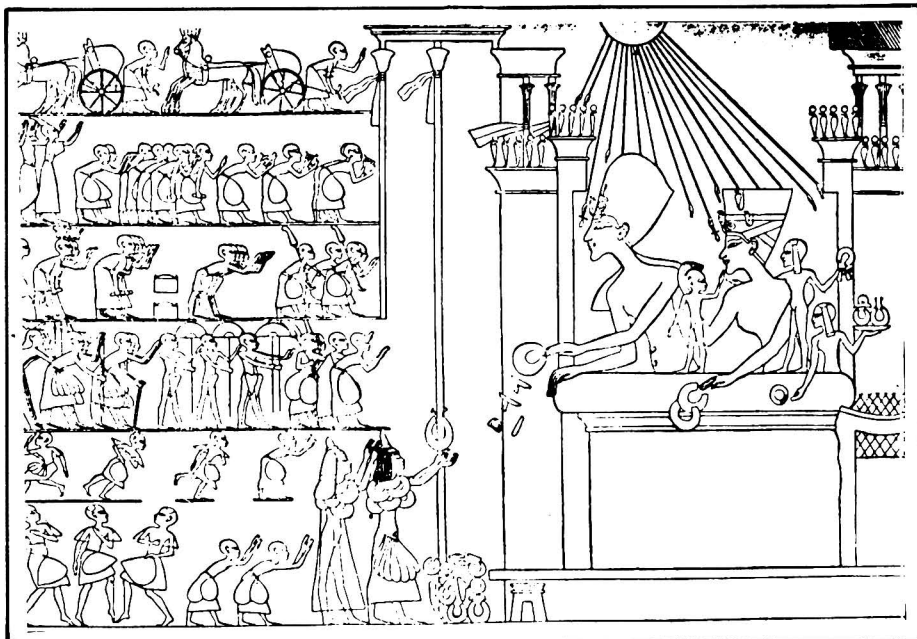
Noch immer sind 75 % aller Ägypter und mehr als 90 % aller Fellachen Analphabeten, kommen auf dem Land auf 10.000 Menschen vier Spitalsbetten. Noch immer ist Ägypten ein Agrarstaat, in dem 60 % der 36,4 Millionen Einwohner vom Ackerbau leben. Dies ist allerdings nur wenige Kilometer zu beiden Seiten des Nils möglich, wo die Bevölkerungsdichte bei 1.000 Köpfen pro Quadratkilometer liegt und sich ständig erhöht. Nahezu um eine Million jährlich vergrößert sich die ägyptische Einwohnerzahl. Dadurch, daß der Gesamtumfang des bebaubaren Bodens trotz verschiedener Staudämme kaum vergrößert wurde, wird die landwirtschaftliche Nutzfläche prozentuell immer geringer. Waren es 1907 noch 0,48 Feddan (1 Feddan = 4.200 Quadratmeter), sind es heute nur mehr 0,15 Feddan pro Kopf. Darüberhinaus wurde das Feudalsystem durch die "Revolution" Nassers und seiner Offiziersfreunde 1952 nur oberflächlich beseitigt.

Vom Feudaladel zur Ag rarbourgeoisie

Die ehemaligen Paschas haben das ihnen einst enteignete Land bzw. durch Bewässerung neu gewonnenen Ackerboden wieder großteils aufgekauft und vermieten es nun an Fella-

chen weiter. Denn diese sind zumeist nicht in der Lage, die Kosten für langfristige Investitionen wie Bewässerung oder chemische Bodenaufbereitung zu tragen. Auch die zukunftssträchtige Änderung der Anbaustruktur von Baumwolle, einem Erbe des britischen Kolonialismus, auf Getreide, Reis und Früchte, läßt sich nur von den finanzkräftigen "alten Familien" bewerkstelligen.

Schulbesuch, medizinische Betreuung usw., die vom Buchstaben des Gesetzes her gratis sind. Einige Parteibürokraten haben in ihren Bezirken auch Geldstrafen für die Abwesenheit bei politischen Versammlungen eingeführt, erreichen damit hohe Teilnehmerzahlen und verstehen es überdies, ihre persönliche Bereicherung mit ihrer politischen Karriere bruchlos zu verbinden.



Der Pharaon beschenkt verdiente Priester (aus einem alten Grab)

Wohl gibt es staatliche Kooperativen und Maschinenringe, Resultat der Ära Nasser und seines "Arabischen Sozialismus". Doch wurden diese Einrichtungen unter Sadat unter dem Schlagwort der "Agroindustrie" teilweise reprivatisiert. Denn das Konzept des Präsidenten heißt "ökonomische Öffnung" und zielt auf möglichst rasche Industrialisierung des Landes durch Förderung der Agrarbourgeoisie und dem größtmöglichen Entgegenkommen gegenüber ausländischen Investoren andererseits. Ein 1974 verabschiedetes Gesetz ermöglicht ausländischen Banken vollkommene Handlungsfreiheit.

Der noch vorhandene Rest der bäuerlichen Kollektiveinrichtungen befindet sich unter der Kontrolle der alles beherrschenden und sprichwörtlich korrupten Regierungspartei "Arabische Sozialistische Union". Deren Funktionäre kassieren nicht nur in Einzelfällen von der größtenteils um ihre Rechte nicht wissenden Landbevölkerung Beiträge für staatliche Leistungen wie

Aufstand der Hoffnungslosigkeit

Die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage hat die Fellachen schon seit der Pharaonenzeit immer wieder zu verzweifelten Ausbrüchen getrieben. Die letzten blutigen Zwischenfälle, die achtzig Menschenleben kosteten, ereigneten sich am 18. und 19. Jänner dieses Jahres. Einige Polizeistationen, Bahnhöfe und Parteilokale der Arabischen Sozialistischen Union gingen in Flammen auf. Präsident Sadat griff eisern durch, denn er wußte aus Erfahrung, was zumindest aus solchen Unruhen folgen könnte: 1952 hatten ähnliche Ereignisse die Machtübernahme der Offiziere um Nasser vorbereitet. Einer davon und der letzte, der heute noch eine Machtposition innehat, war Anwar El Sadat.

Im Verlauf der Januarereignisse wurden mehr als 1.200 Personen inhaf-

tiert, darunter bevorzugt Journalisten, Universitätsprofessoren und andere Intellektuelle. Jegliche politische Betätigung an den Universitäten wurde untersagt. Rädelsführer der Aufrührer – wie vor einiger Zeit etwa auch in Polen offiziell als Banditen bezeichnet – sollen "Nasseristen und Kommunisten" gewesen sein. Eine etwas eigenartige Verbindung, zumal die Führer der verbotenen Kommunistischen Partei schon im Gefängnis sitzen, seit sie Nasser dorthin bringen ließ. Allerdings lieferten die Unruhen dem ägyptischen Präsidenten den Anlaß, mit allen jenen aufzuräumen, die, unter welchen Vorstellungen auch immer, für eine soziale Politik eintreten.

Nur 60.000 Regimegegner?

Die einzige legale Kraft Ägyptens, die derartige Ziele verfolgt, ist die "Progressive und unionistische Vereinigung". Sie distanzierte sich sowohl von den Unruhen als auch von den von Sadat hierauf beschlossenen Sondergesetzen. Ein scheinbar kompromißloser Schritt und dennoch in der konkreten Situation gefährlich: Die neuen Strafbestimmungen bedrohen alle Personen, die an "Streiks, Demonstrationen, Sachbeschädigungen oder Besetzungen von Gütern" teilnehmen, mit lebenslanger Zwangsarbeit.

Diese bereits beschlossenen Maßnahmen ließ die Regierung am 10. Februar durch ein "Referendum" absegnen, bei dem angeblich 99,42 % aller Wahlberechtigten dem verschärften Strafrecht zugestimmt haben sollen. In absoluten Zahlen hätten sich demnach nicht einmal 60.000 dagegen ausgesprochen. Präsident Sadat kann zufrieden sein: verfügt er nicht über ein zufriedenes Volk, so doch über tüchtige Beamte.

Die Kapitalgeber zeigen sich erkenntlich

Das Vertrauen in einen dieser beiden Faktoren hatten auch die Vertreter Saudi-Arabiens und der Vereinigten



Staaten noch vor dem Referendum, gleich nach der Verabschiedung des neuen Strafrechtes, gesetzt. Außer einer Soforthilfe des US-Repräsentantenhauses von 190 Millionen Dollar wurde Ägypten ein 500 Millionen Dollar Kredit gewährt. Über die Höhe des saudiarabischen Engagements wird noch verhandelt.

Zwei Tage vor dem Referendum traf dann auch noch eine sowjetische Außenhandelsdelegation in Kairo ein. Die Regierungszeitung "Al Akhbar", die noch tags zuvor die "Marxisten und ihre ausländischen Hintermänner" für die Ereignisse vom 18. und 19. Jänner verantwortlich gemacht hatte, beeilte sich zu erklären, daß die Sondergesetze sich nicht speziell gegen Kommunisten richteten und kein Ägypter wegen seiner Weltanschauung verfolgt werde.

Die Gefangenen werden es gerührt zur Kenntnis genommen haben.

R. H. ★

Abonniert "LATEINAMERIKA ANDERS"! (1 Jahr, 4 Hefte + Portospesen öS 60,-) Informationsgruppe Lateinamerika IGLA 1050 Wien, Schönbrunnerstraße 24/23

Italien:

Am Arbeitsplatz wird nicht geliebt!

Dies hat ein italienisches Gericht rechtens erkannt.

Anlaß: in einem versteckten Winkel der Lancia Autowerke zwischen Kartons und Kisten taten es zwei - während der Mittagspause. Sie wurden entlassen.

Das Urteil begrüßen wir natürlich mit sittlicher Erleichterung. Das gebeut nicht nur die Moral, sondern auch wirtschaftliche Vernunft. Denn wohin führt sowas? Nicht nur daß die zwei nachher außer Atem und mit wackeligen Knien am Fließband stehen. Das wäre noch halb so schlimm. Aber es könnten die Leute allgemein anfangen zu glauben, daß sie auch noch leben während der Arbeit. Unerhörte Gedanken! Schließlich verkaufen sie ja ihre Arbeitskraft und nicht ihre Bedürfnisse. Die sollen sie gefälligst zu Hause lassen, sonst könnten sie noch auf so manche Idee kommen,

was alles schön wäre, wenn die Arbeit anders wäre. Dann paßt ihnen plötzlich nicht mehr, wie das alles so läuft. Die wollen dann gar ihre Arbeitsbedingungen selbst gestalten und sehen nicht mehr ein, warum Hetze, Monotonie, Akkord, Lärm, Gestank, Desinteresse, Hierarchie einfach notwendig sind, so notwendig wie das neueste Lancia Modell.

Die rotten sich dann zusammen, und es kommt soweit, daß sie von der Arbeitszeit bis zum Produktionsprogramm alles selbst bestimmen - demokratisch nennen sie das auch noch! Es fängt auch schon an, wie z. B. vor ein paar Tagen in Italien: Da hat der Zug zur Arbeit wieder einmal Verspätung. Besetzen die nicht glatt eine Garnitur und zwingen den Lokführer, zu ihrer Fabrik zu fahren und sie auch noch mitten auf der Strecke aussteigen zu lassen... (Am Weg nach Hause hätte ich das eher verstanden. Anmerkung der Tipperin von "OL".) Die würden auch nur noch produzieren, was sie selbst beschlossen haben, z. B. Spitäler, schöne Städte, Bildung, Technologie, die ihnen gerade passen, weil sie nicht gesundheitsschädlich sind.

Aber wo gibt's für all diesen Unsinn einen Markt? Die Wirtschaft funktioniert eben anders. Es muß sich alles immer wieder rentieren, verwerten lassen. Dabei kommt doch auch was vernünftiges heraus, wie man überall auf der Welt sieht. Nicht?

Also, bleiben wir wachsam! Im kleinen fängt es an. Da führen sich zwei am Arbeitsplatz wie Menschen auf und bringen andere auf den verantwortungslosen Gedanken, man könne vielleicht die Produktion aller Lebenszusammenhänge nach Bedürfnissen organisieren und nicht nach der Vernunft des Profits. Pfui, Teufel!

(entnommen "Der rote Börsenkrach" Wintersemester 1976/77 Nr. 12)

LATEINAMERIKA ANDERS

Nr 2

Belize
Kolumbien
Peru

IGLA

Frankreich:

Das Phänomen Chirac

Die kommenden Kommunalwahlen in Frankreich haben der Öffentlichkeit ein Schauspiel präsentiert, das in unerwarteter Heftigkeit die Spannungen innerhalb der gegenwärtigen Regierungsmehrheit zum Ausdruck gebracht hat: Entgegen den Absprachen der Regierungsmehrheit erhält der Kandidat der "Unabhängigen Republikaner", Michel d'Ornano übermächtige Konkurrenz aus dem bürgerlichen Lager: den Ex-Premier und Chef der Gaullisten, Jacques Chirac. Der Kandidat der Linkseinheit, diesmal unterstützt durch eine gemeinsame Liste mit dem PSU (Parti Socialist Unifié) – der allerdings mit einer eigenen Wahlkampagne mit einem Schwerpunktprogramm "Die Autos aus Paris" in die Pariser Kommunalwahlen zieht –, ist traditionell chancenlos. Ihm werden rund 35% gegeben. Dementsprechend analysiert der folgende Beitrag die Krise in der Regierungsmehrheit und ihren sichtbaren Auslöser Jacques Chirac (d. Red.).

Die Schnelligkeit, mit der sich Jacques Chirac in der politischen Szene Frankreichs etablieren konnte, die Mittel, die er dazu verwendete und die Öffentlichkeit, die er sich zu verschaffen vermochte: all dies trägt die Handschrift der einflußreichsten Führer des französischen und des internationalen Kapitals.

Der Beginn der „Operation Chirac“

Alles begann mit den Kantonalwahlen des Frühjahres 1976. Die Wahlergebnisse hatten gezeigt, daß die französische Linke die Mehrheit des französischen Volkes hinter sich hatte, eine Tendenz, die auch die Meinungsbefragungen einhellig nachweisen konnten. Hätten Parlamentswahlen stattgefunden, die Linke hätte sie für sich entschieden.

Giscard d'Estaing als Staatschef hatte zwei Alternativen, auf diese Herausforderung zu reagieren: Er konnte entweder sein Image als "liberaler Reformpolitiker" auszubauen suchen oder zurückkehren zu der autoritären paternalistischen Linie à la de Gaulle und Pompidou – zur Linie des traditionellen nationalistischen französischen Kapitalismus.

Die Kernfrage der Politik in Frankreich war: Konnte die Regierungsmehrheit das Kleinbürgertum zurückgewinnen, und zwar sowohl das klassische (Kleinhändler etc.) als auch das neu entstandene (Techniker, mittlere Angestellte).

Giscard's Politik war ein deutlicher Kompromiß. Einerseits stärkte er die gaullistische Position in der Person Jacques Chiracs, in dem er diesem den Posten des "Koordinators der Regierungsmehrheit" anvertraute. Andererseits aber setzte er seine grundsätzlich "europäische" Politik gegen den Willen der Gaullisten fort, speziell auf steuerlichem Gebiet (Einführung der Mehrwertsteuer) und setzte Maßnahmen zur Verhinderung des Steuerbetrugs in großem Ausmaß, um den Forderungen der kleinen Händler nachzukommen.

Diese politische Unsicherheit im Vorgehen Giscard's war im wesentlichen seine Reaktion auf die divergierenden Auffassungen der bürgerlichen Nationalökonomien zur Krise. Die einen setzten auf einen baldigen Wirtschaftsaufschwung, die anderen auf eine langfristig krisenhafte Entwicklung. Diese beiden Auffassungen haben natürlich unterschiedliche Auswirkungen auch auf die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung und – noch stärker – auf das "psychologische Klima".

Im August 1968 brach die Krise zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister aus. Chirac nahm seinen Hut – und die "Operation Chirac" begann abzulaufen. Diese entfaltete sich in zwei Phasen:

1. Die Eroberung des Apparates der gaullistischen Partei U. D. R. (Union pour la Défense de la République, Union zur Verteidigung der Republik, unter diesem Namen von de Gaulle im Mai 1968 gegründet).
2. Gründung einer populistischen Bewegung in alter bonapartistischer Tradition des Gaullismus, nach streng autoritären Organisationsprinzipien.

Die erste Phase, die Eroberung des Parteiapparates, gelang durch einen Staatsstreich, dessen brillante Planung und Ausführung die Parteimachschine gänzlich verblüffte. Dieser Staatsstreich wurde durch den Umstand erleichtert, daß sich in den gaullistischen Reihen Enttäuschung breitmachte, die durch den Sieg Giscard d'Estaings über Chaban Delmas und damit den Prestigeverlust der gaullistischen Partei als Staatspartei entstanden war. Damit verbunden ging auch der Wandel in der Staatsbürokratie voran: die alten "gaullistischen Barone", Verwaltungsbeamte, die aus der Résistance stammten wurden von den Technokraten Giscard's abgelöst.

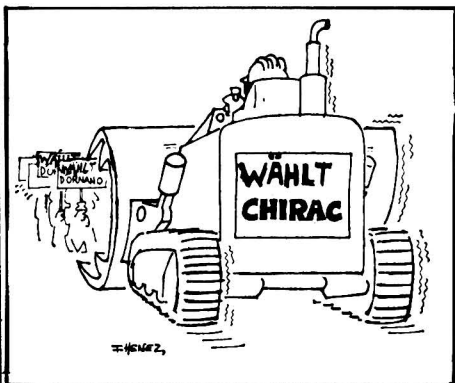
Dieser Wandel im Staatsapparat war sicherlich die Folge der Veränderungen des Kapitalismus in Frankreich. Das "Goldene Zeitalter" des Gaullismus mit seinem traditionellen, nationalistischen Kapitalismus wurde von einem technokratischeren, internationalen abgelöst. Dieser Wandel ließ sich aber auch politisch an Hand der führenden Köpfe des französischen Bürgertums festmachen.

Auch die zweite Phase, die Gründung einer echten mittelständischen Massenbewegung, gelang dem französischen Franz-Josef Strauß in atemberaubendem Tempo. Die alte U. D. R. hatte den Gaullismus von einer Massenbewegung zu einer Honoratiorenpartei verkümmern lassen. Unter Pompidou war diese Entwicklung scheinbar irreversibel geworden.

Durch die Schaffung der R. P. R. gelang es Chirac, der de Gaulle-Nostalgie organisatorisch Ausdruck zu verschaffen. Sie entsprach der wachsenden Enttäuschung des französischen Kapitals über die glücklose Politik Giscard's ebenso, wie sie auf Teile des Klein-



bürgertums anziehend wirkte. Ihre organisatorische Form, die Massenbewegung, die vom Charisma ihres Führers lebt und von diesem strikt autoritär geführt wird und die Ideologie, eine "französische" Politik unabhängig vom internationalen Kapital und von kommunistischen gesellschaftspolitischen Veränderungen zu führen, orientiert am ganzen französischen Volk und nicht an Klasseninteressen, hat auf die mittelständischen Schichten nie seine Wirkung verfehlt.



Chiracs Ziele

Chiracs Ideologie enthält im Prinzip überhaupt keine neuen oder originellen Züge: Sie ist die alte gaullistische Ideologie, populistisch, mit einer starken verbalen Aussage an das internationale Kapital und der Hervorstreichung nationaler Werte.

Programmatisch fordert Chirac Mitbestimmung auf allen gesellschaftlichen Ebenen und eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, kurz all das, dem er sich so lange mit aller Kraft entgegengestellt hatte, als er noch Premierminister der Republik war.

Neben den populistischen Tönen läßt Chirac – ebenso wie vor ihm der große General – noch die reaktionären aus dem Sack. Er fordert die Wiederkehr der traditionellen bürgerlichen Werte, Begriffe wie "Ordnung", "Sicherheit", "Autorität", "Familie", "Vaterland" und dergleichen mehr fehlen kaum in einer seiner Rede und sind natürlich mit der entsprechenden Forderung nach "Ausbau des Sicherheitsapparates" gekoppelt.

Im Zusammenhang mit dem Klima wachsender Unsicherheit finden seine Reden immer größere Zuhörerschaft: Im städtischen und ländlichen Kleinbürgertum, bei den Bauern und ebenso

bei denjenigen Arbeitern, die gerade aus ländlichen Regionen in die Industrie übergewechselt sind.

Kurzfristig lassen sich die Ziele Chiracs auf die Wiedereroberung derjenigen Teile des Kleinbürgertums einschränken, die sich – ökonomisch enttäuscht – vom Gaullismus abgewandt haben und speziell zur Sozialistischen Partei abgewandert sind. Ein nicht zu unterschätzender Anteil dieser Kleinbürger hatte zugleich die schwere Niederlage des Gaullismus und das eruptive Anwachsen der Sozialisten verursacht. Wenn man davon ausgeht, daß dieser Teil der Wählerschaft zwischen 6% und 8% ausmachen und die SP dementsprechend von 1973 18% auf 1976 25% angewachsen ist, erkennt man, wie wichtig die Rückgewinnung dieser Wählerschicht für Chirac ist.

Dementsprechend ist auch seine Ideologie ausgerichtet, die einerseits versucht, die gaullistische Nostalgie zu verbreiten und deshalb andererseits auf dem Klavier der Angst vor der ökonomischen Krise und vor dem gesellschaftlichen Chaos spielt.

Langfristig hat sich das Großkapital schon auf eine Wahlniederlage der jetzigen Regierungsmehrheit eingestellt und versucht dementsprechend, über Chirac einen Parteiapparat auf die Beine zu stellen, der ausreichend stark und strukturiert ist, um auf dem legalen Weg wieder zur Macht zu kommen, wenn es dem Kapital gelingt, durch ökonomischen Boykott die psychologische Panik zu erzeugen. Die gaullistische Partei ist die einzige Partei der Rechten, die auf Grund ihrer Stärke im Stande ist, dafür die Garantie zu übernehmen.

Die Parteien der Linkseinheit begehen einen schweren Fehler, wenn sie das Phänomen Chirac unterschätzen. Insbesondere die KPF hat in ihrer Stellungnahme zur Kandidatur Chiracs gegen d'Omano diesen offenen Bruch als reines bürgerliches Manöver abgetan, das nur dazu dienen sollte, die Linke zu verwirren und zu schwächen.

Damit wird übersehen, daß das Phänomen Chirac nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv der sehr komplexen Realität Frankreichs entspricht. Es bedarf sehr genauer Analyse des Phänomens Chirac, um dagegen anzukämpfen und es so schnell als möglich zu zerstören.

Yves Kobri, Paris



Ost-Timor:

Das Vietnam Indonesiens

Unter diesem Titel erschien am 27. Jänner 1977 in "Le Monde" eine Stellungnahme zur augenblicklichen Lage in Ost-Timor /vgl. "Beispiel des indonesischen Imperialismus", OL, Nr. 27, September 1976/, deren Übersetzung wir hier auszugsweise wiedergeben. Der Verfasser, José Ramos-Horta, ist Mitglied des Zentralkomitees der FRETILIN, Sprecher dieser Organisation bei den Vereinten Nationen und Außenminister der Demokratischen Republik Ost-Timor.

Die Redaktion

"Ein unbekannter Krieg – und dennoch der bedeutendste Krieg in Südostasien seit dem Ende der indochinesischen Kriege – wütet in Ost-Timor. Ungefähr 25.000 indochinesische Soldaten versuchen einen Volkswiderstand auszulöschen.

Nach mehr als einem Jahr weitgespannter Intervention, unterstützt von 15 Kriegsschiffen, 30 Hubschraubern (...), 14 Hercules-, Dakota- und B-52-Bombern sowie 50 Panzern, kontrollieren die Indonesier weniger als 20% des Territoriums. Die Bevölkerung von Ost-Timor hat unter der Führung der FRETILIN einen Krieg des nationalen Widerstandes begonnen, der bereits Rückwirkungen auf indonesisch West-Timor und andere Gebiete des Archipels zeitigt.



Die indonesischen Luftstreitkräfte haben Dörfer in den Bergen des Landesinneren, die für die Infanterie unerreichbar sind, angegriffen, indem sie Napalm, Entlaubungsmittel und andere Giftstoffe versprühten.

Im Dezember führte Indonesien Waffen in den Kampf, welche die Wirkung von Stalinorgeln übertreffen.

Berichte, die Djakarta (die indonesische Hauptstadt, Anm. d. Red.) günstig gesinnt sind, bestätigen die Anschuldigungen der FRETILIN bezüglich der indonesischen Grausamkeiten. Ein streng vertraulicher Bericht, welcher durch Flüchtlinge an die australische Presse gelangte und von welchem behauptet wird, er sei von kirchlichen Vertretern, die das Gebiet besichtigt hätten, vorbereitet worden, enthält folgende Punkte:

1. Mindestens 60.000 Personen, hauptsächlich Frauen und Kinder, wurden seit der Invasion Ost-Timors durch Indonesien am 7. Dezember 1975 massakriert.

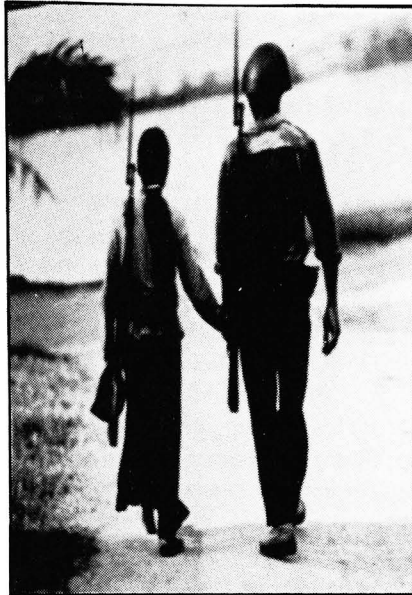
2. Die Diebstähle, Raubüberfälle, Vergewaltigungen, die Inbrandsetzungen von Häusern, deren sich die indonesischen Truppen schuldig gemacht haben, haben eine massive Opposition gegen Vorschläge zur Eingliederung ins indonesische Staatsgebiet hervorgerufen.

3. Die FRETILIN kontrolliert 85% des Landes und der Kampf ist sehr ausgezehrt.

4. Die indonesischen Truppen üben die Kontrolle über 150.000 Personen aus (die Bevölkerung Ost-Timors beträgt nach der vom Amt für den nationalen Wiederaufbau der FRETILIN durchgeführten Volkszählung mehr als 800.000).

5. Fände ein wirkliches Referendum statt, das Volk würde die FRETILIN wählen.

Heute setzt das faschistische Regime von Djakarta, unterstützt von den Vereinigten Staaten, seinen Offensivkrieg gegen die Demokratische Republik Ost-Timor fort und setzt sich so größtenteils über die Resolution der Generalversammlung und des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hinweg. Die Streitkräfte von Ost-Timor zählen 15.000 Soldaten (darunter 1.000 Frauen und 1.000 Studenten), welche gut ausgebildet und mit automatischen



Waffen aus portugiesischen Beständen (NATO), den deutschen Gewehren G-3 und Mauser, kurz- und weitreichenden Geschützen, Bazookas und einigen Fliegerabwehrkanonen gut ausgerüstet sind.

Das Gelände ist sehr gebirgig und die Vegetation auf den Bergen im Landesinneren und an der Südküste ist dicht - Straßen und Brücken wurden durch zwei Regenzeiten und die Streitkräfte der FRETILIN zerstört, deren Taktik es ist, alle möglichen Verbindungswege zu zerstören, um den Vormarsch der indonesischen Infanterie zu verlangsamen.

Das Land ernährt sich selbst: Reis, Weizen, Kartoffeln, Gemüse, Tapioka (Stärkemehl aus Maniokwurzeln, Anm. d. Red.), Fleisch (Büffel, Kühe, Ziegen, Schweine, Damwild etc.) und Fisch. Die Situation ist ideal für einen

Guerillakampf. Die Indonesier kennen das Gelände nicht, fallen leicht in einen Hinterhalt und müssen einer feindlichen Bevölkerung die Stirn bieten.

Der Leser mag vielleicht an der Klarheit der Forderungen der FRETILIN zweifeln. Aber es gibt ein Mittel für die Welt, die Wahrheit kennenzulernen. Die FRETILIN fordert die indonesische Regierung auf, die Luft- und Schiffsblockade aufzuheben. Die Beobachter der Vereinten Nationen, das Internationale Rote Kreuz, die Journalisten, die Vertreter der Kirchen sollen die Möglichkeit bekommen, sich frei auf dem Gebiet zu bewegen. Aber natürlich, die Regierung von Djakarta hat die Türen des Landes für Ausländer und unabhängige indonesische Journalisten geschlossen.

Schließlich wird sich die Wahrheit aufdrängen, denn der Krieg in Ost-Timor geht weiter und das Regime von Djakarta wird nicht lange Zeit der Opposition widerstehen können, die in wachsendem Ausmaß seinem faschistischen, korrupten und unfähigen Wesen die Stirn bietet."



GE-Klub Graz

Dienstag, 22. März / 19.00 Uhr
Brockmanngasse 75

„Möglichkeiten der
Interessenvertretung
im öffentlichen Dienst“

Einleitung Prof. Hans Stadler

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

BERUF.....ALTER.....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



Hochschulreform: Von der Elite- zur Massen- universität

Die Entwicklung der Hochschule nach 1945 ist gekennzeichnet durch ihre Wandlung von der Elite- zur Massenuniversität. Während der Phase des Wiederaufbaus (Restauration des Kapitalismus) bestand in erster Linie ein Bedarf an Facharbeitern und Industriearbeitern. Die Universität genügte den Anforderungen der damaligen Situation, ihre Funktion lag hauptsächlich in der ideologischen Absicherung der Restauration in Österreich. (Verhinderung fortschrittlicher Ansätze im Bildungsbereich, z.B. Einführung der "Einheitsschule", Alternativvorstellungen zu bürgerlichen Lehrinhalten.)

Das "österreichische Wirtschaftswunder", also die langanhaltende Konjunkturperiode, sichert die ökonomische Stabilität. Die Eingliederung in den Weltmarkt, günstige Investitionsmöglichkeiten und die Politik der Sozialpartnerschaft waren die Basis für eine fast störungsfreie Akkumulation des Kapitals und damit auch für den steigenden Wohlstand. Auf dieser gesellschaftlichen Grundlage und durch die Produktionsumstellungen

und -erweiterungen (sowie der beginnenden Expansion des tertiären Sektors) expandiert der gesamte Ausbildungsbereich (Verdopplung der Zahl der Inskribierten von 1956-1962).

Um die relative Rückständigkeit Österreichs gegenüber anderen kapitalistischen Staaten auf dem Ausbildungs- und Forschungssektor zu überwinden, beginnt der Staat Anfang der sechziger Jahre mit der Reform dieses Bereichs (1962 Schulreform: Einführung der HTL, "Öffnung der Mittelschulen; Errichtung des Ludwig-Boltzmann-Institutes und des IHS (Institut für höhere Studien). "Ausschöpfung der Begabungsreserven", "Chancengleichheit" wurde damals geboren).



Diese Faktoren bewirken Ende der sechziger Anfang der siebziger Jahre ein rasches Ansteigen der Studentenzahlen bei vorerst noch unveränderten Hochschulstrukturen: Ordinarienherrschaft (Lehr- und Forschungsinhalte, Berufungen), Freiräume für die Studenten (Wahlmöglichkeiten, geringerer Leistungsdruck), ein Lehrangebot, das eher an Idealen wie Persönlichkeitsentwicklung, denn an im

Beruf und in der Konkurrenz am Arbeitsmarkt verwertbarem Wissen orientiert ist.

Die Hochschulreform soll die Anpassung der Strukturen an die geänderte Funktion und die organisatorische Bewältigung der gestiegenen Hörerzahlen ermöglichen, sie ist Ausdruck der Einführung der industriellen Produktionsweise an den Hochschulen.

Die Einführung straffer Studienordnungen ("Verschulung"), der Druck durch die Fristensetzungen sollen die eingesetzten finanziellen Mittel effektiver machen, das Augenmerk wird auf leicht verwertbares Wissen gelegt (Änderung der Studienordnungen, als "Entrümpelung" den Studenten schmackhaft gemacht), der Aufbau neuer Studienrichtungen (Sozial- und Wirtschaftswissenschaften) und die Einführung von Kurzstudien sollen dem veränderten Bedarf an Akademikern Rechnung tragen. Die Autonomie der Professoren wird eingeschränkt, die Macht beim Ministerium zentralisiert (Berufungen, Studienordnungen, Lehraufträge, Einführungen der Universitätsdirektoren als höchste Beamte an den Hochschulen, Verschärfung des Ordnungsrechts - der Rektor kann politische Veranstaltungen untersagen.) Weiters bringt die Hochschulreform den Ausbau der studentischen "Mitbestimmung", die Studenten dürfen ihre Uni "mitreformieren" und "mitdemokratisieren", zu ihren eigenen Ungunsten allerdings, wenn man den Illusionen über die Reformierbarkeit der Uni die Realität des Hochschulbetriebs entgegenhält.

Die Linke und die Hochschulreform

Einleitend ist zu sagen, daß die Professoren der Hochschulreform, der Einschränkung ihrer Privilegien mehr Widerstand entgegengesetzten als die Studenten (die linken mitinbegriffen); die Organe der Arbeiterschaft (Arbeiterkammer, ÖGB) befürworteten weitgehend die Reform.

Der studentische Widerstand gegen die Hochschulreform entzündete sich vor allem an den Auswirkungen der Reform auf den unmittelbaren Studien-



verstärkter Serviceleistung, die von der ÖH angeblich nicht geleistet wird, andererseits repräsentieren sie die ständische Interessensvertretung der Studenten, die sich gegen "Proletarisierungstendenzen" ("Akademikerschwemme") richtet. So eine Politik kann in einem Stadium der Hochschulreform, das durch verstärkten Konkurrenz- und Leistungsdruck geprägt ist, der individuellen Interessensdurchsetzung bestens entsprechen.

In dieser politischen "Landschaft" haben sich auf den verschiedensten Uni-Instituten seit ca. einem Jahr Basisgruppen gebildet. Die Entstehungsgeschichte und Ausgangsbasis der einzelnen Basisgruppen sind verschieden. Gemeinsam ist ihnen nur, daß sie eben Basisgruppen sind, und der Versuch, die konkreten Erfahrungen am Institut zu verallgemeinern. Die Koordinierung für ein politisches Handeln ist deshalb so schwer, weil ihre bloße Existenz noch keine "Gemeinsamkeit" darstellt. Gleichzeitig begann deshalb eine verstärkte theoretische Diskussion, die zwischen den Basisgruppen und auch zum Verhältnis zur BfS inhaltliche Divergenzen hervorbringt.

Die Existenz von Basisgruppen kann nicht nur als praktisch-politische Kritik an der falschen Politik vorhandener linker Organisationen aufgefaßt werden, sie muß auch auf objektive Faktoren rückgeführt werden, da ja Politisierung auch an abstrakten Inhalten möglich ist (siehe Vietnam und Kambodscha).

Aufgrund all dieser offengebliebenen Problemstellungen muß die Diskussion weitergeführt werden, wobei der momentan herrschende Diskussionsstil eher dazu beitragen kann, die Basisgruppen wieder zu isolieren.

Herbert Auinger/Sabine Stadler/
Wolfram Seidler



betrieb, wie der drastischen Erhöhung der Pflichtstundenanzahl, der Erhöhung des Leistungsdruckes durch die Fristen, der Reglementierung des Studiums, durch die vorgeschriebene Reihenfolge der Lehrveranstaltungen und der Einschränkungen der Wahlmöglichkeiten, den verschärften Anmeldebedingungen etc.

Daß es nirgends gelang, die Verschärfungen ernsthaft und längerfristig zu blockieren, liegt zum Teil an der organisatorisch-taktischen Abwicklung der Reform: Die Durchsetzung der Reform in mehreren Stadien, die Setzung der verschiedenen Maßnahmen durch verschiedene Gremien und Institutionen, die ungleichzeitige Einführung der Verschärfungen in den verschiedenen Studienrichtungen und Fakultäten zersplitterte einen möglichen breiten Widerstand.

Durch die gleichzeitige Institutionalisierung der studentischen "Mitbestimmung" wurde außerdem der Unmut kanalisiert und in unwirksame Bahnen abgelenkt.

Auffallend ist auch, daß es nicht gelang, über undifferenzierte Ablehnung ("weg mit ...") hinauszukommen. Charakteristisch ist hier, daß die Argumentation gegen die Hochschulreform immer auf einer Ebene "des Beklagens der Subsumtion der Lehrinhalte unter das direkte Kapitalverwertungsinteresse" stecken blieb und oft Gefahr lief, den status quo der Hochschule zu idealisieren und die Aufrechterhaltung von Freiräumen unbegründet zu lassen.

Die Entwicklung der Basisgruppen

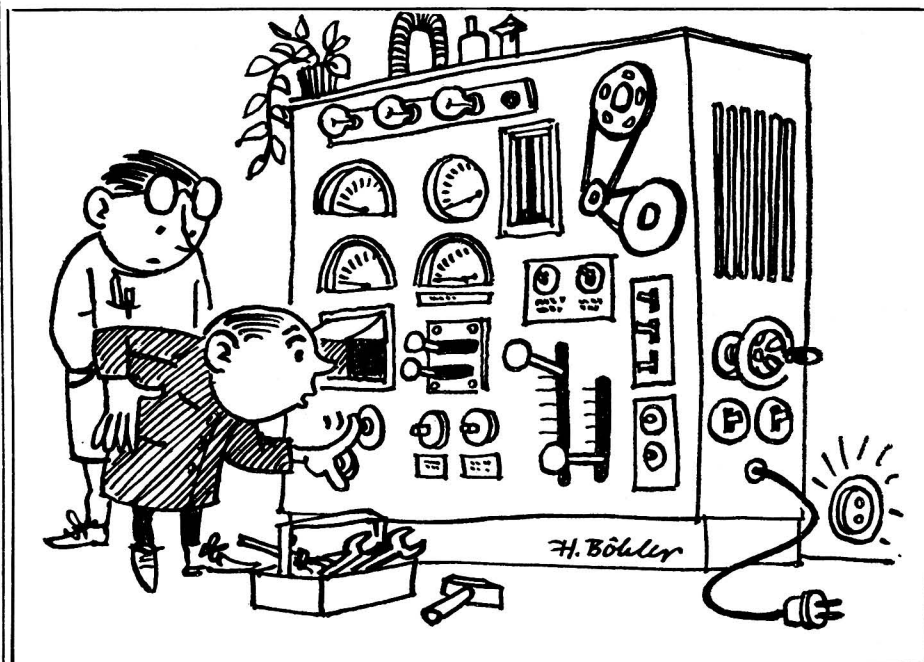
Schon in den Jahren 1970/71 bildeten sich an den einzelnen Instituten Institutsgruppen (IG's), die zum Ziel hatten, vom unmittelbaren Handlungszusammenhang die Studenten zu politisieren, um damit den Widerstand gegen die Hochschulreform zu organisieren. Die Gefahr des Steckenbleibens war die Chance für "Kader"-Organisationen, die mit einem gezielt allgemeinpolitischen Anspruch auftraten, die IG's zersplitterten und zu einem Feld ihrer Kaderrekrutierung machten.

Die Hochschulpolitik der letzten Jahre war geprägt von Fraktionskämpfen der verschiedenen Organisationen, die ihren Führungsanspruch in den einzelnen Bewegungen durchsetzen wollten. Die ÖH, die nach außen als die Interessensvertretung der Studenten

auftritt, änderte tendenziell ihr politisches Verhalten von reiner Serviceleistung zu politischen Angriffen gegen die SP-Regierung (siehe Stipendien, Stellungnahmen zur Hochschulreform). Seit einem Jahr ist die universitäre Öffentlichkeit durch das verstärkte Auftreten der rechten Gruppen geprägt, die aufgrund starker finanzieller Mittel eine Meinungsbildung vorantreiben, die den "Privilegien des Akademikers" entspricht. Einerseits vertreten sie die Politik

In eigener Sache:

Ergebnis der Fragebogenaktion



In den Nummern 28 und 29 unserer Zeitung haben wir, wie sich hoffentlich noch alle erinnern können, einen Fragebogen beigelegt, um unsere Leserinnen und Leser zu ergründen sowie deren Meinung.

Hier ist nun die Auswertung.

Wir erhielten 6,4% der ausgeschickten Fragebögen ausgefüllt zurück. Nach den Gewohnheiten bürgerlicher Sozialwissenschaft ist ein derartiger Rücklauf üblich und wird als gültig, d. h. als aussagekräftig, angesehen.

Wie nicht anders zu erwarten wohnen 78% der Rücksender in Wien, 12% in den Bundesländern, wobei Salzburg mit 5% an der Spitze liegt.

Zu unserem Leidwesen stehen 23% Leserinnen 77% Lesern gegenüber, die die Fragebogen ausgefüllt haben.

Die altersmäßige Aufteilung ergibt folgendes Bild:

bis 20 Jahre sind	5%
20-25 Jahre	43%
25-30 Jahre	31%
30-35 Jahre	12%
35-40 Jahre	6%
über 40 Jahre	2%

das fehlende Prozent gab das Alter nicht an.

Die berufs- und branchenmäßige Aufteilung hat uns einige Schwierigkeiten bereitet. Wir haben geteilt in Studenten und Werk tätige, wobei letztere wieder in Arbeiter und Angestellte und akademische Berufe gegliedert wurden. Dies erfolgte aufgrund der angegebenen Tätigkeit, wobei z. B. ein Beamter, gleichgültig ob er ein Akademiker ist oder nicht, unter Angestellte eingereicht wurde. Das ergab:

39% Studenten und
60% Werk tätige, von denen

22% Arbeiter
54% Angestellte
24% Akademiker sind.

Von den Studenten studieren:

je 14% Geschichte, Germanistik,
Publizistik und Politologie;
je 11% Philosophie und Medizin;
je 8% Psychologie, Jus, Soziologie
und Romanistik;
je 5% Volkswirtschaft, Pädagogik,
Mathematik und Anglistik.

Der Rest verteilt sich auf andere Studienrichtungen (wobei durch Haupt- und Nebenfach Mehrfachnennungen möglich sind).

Die Werk tätigen sind auf so viele Berufe und Branchen aufgeteilt, daß die

Nennung zuviel Platz einnähme.

Dafür konnten wir feststellen, daß von den Werk tätigen

16% in einem Betrieb bis
10 Beschäftigte,
17% in einem Betrieb von
11-50 Beschäftigten,
16% in einem Betrieb von
51-100 Beschäftigten,
43% in einem Betrieb über
100 Beschäftigten, arbeiten.

34% der Einsender sind Mitglieder der Bewegung für Sozialismus, woraus ersichtlich ist, daß nur knapp ein Viertel der Mitglieder Fragebögen ausgefüllt haben, was uns sehr kränkt.

14% der Gewerkschaftlichen Einheit,
26% anderer politischer Organisationen, wobei allein davon
21% diversen SP-Organisationen
angehören.

42% der Einsender gehören keiner Organisation an.

73% der Einsender lesen regelmäßig Tageszeitungen, von welchen

47% Kurier,
41% Volksstimme,
40% Arbeiterzeitung,
30% Kronen-Zeitung,
23% Die Presse
10% Neue Zürcher lesen.

27% tun dies nicht.

70% lesen regelmäßig Magazine, wobei davon

51% Spiegel,
42% Profil,
je 12% Pardon und Zeit,
8% Stern.

Das Wiener Tagebuch lesen regelmäßig 55%, selten 26%, nie 16%.

Die "alternative" lesen 28% regelmäßig, selten 25%, nie 45%.

Andere linke Zeitungen lesen
64% regelmäßig, selten 35%, nie 2%.

Von den regelmäßigen Lesern lesen

46% Neues Forum
30% Links
25% Rotfront
16% Arbeiterkampf

18 % Klassenkampf
je 12 % Weg & Ziel und Zukunft
10 % Konkret
8 % AUF-Zeitung
je 7 % rotpress und Mitbestimmungs-
information.

Nun zu unserer Zeitung:

Die "offensiv links" lesen
92 % der Einsender regelmäßig,
7 % selten.

40 % lesen sie seit der ersten Nummer,
57 % seit einem späteren Zeitpunkt
(was vor allem daran liegt, daß die
Fragebogen aus vertriebstechnischen
Gründen hauptsächlich an Abonnenten
zugingen).

50 % lesen alles,
47 % nur einzelne Artikel, hiebei
lesen

eher innenpolitische Themen 14 %
außenpolitische Themen 9 %
gesellschaftspolitische Themen 19 %,
nach interessantem Titel richtet sich
es bei 31 %.

Der Stil in dem geschrieben wird er-
scheint

71 % gut lesbar oder lesbar,
8 % zu kompliziert,
3 % zu primitiv.

Die graphische Gestaltung erscheint
65 % übersichtlich,
16 % nicht übersichtlich.

Karikaturen werden für 51 % genügend,
für 23 % zu wenig, für 4 % zu viel ver-
wendet.

Gelesen wird die Zeitung weil sich

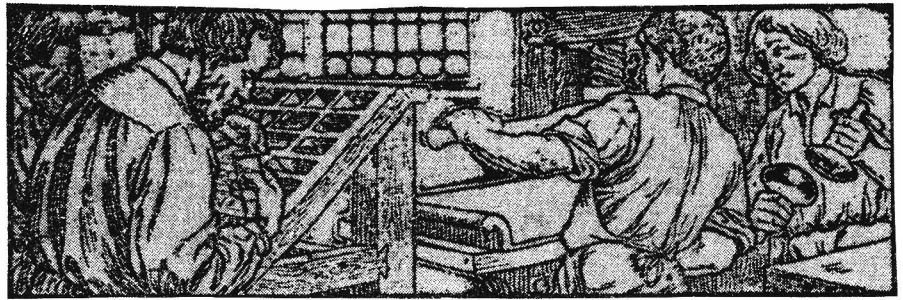
82 % Gegen- bzw. Zusatzinformation
zu anderen Medien,
26 % Informationen zu bestimmten
Sachgebieten,
50 % Stellungnahmen der föj/BfS,
17 % theoretische Strategieartikel,
5 % anderes (z. B. Lust am Lesen,
Unterhaltung, Karikaturen),
erwarten.

Das "offensiv links" kein Zentralorgan
ist, finden

55 % gut,
10 % wünschen mehr Stellungnahmen
der föj/BfS,
5 % meinen das es ein Zentralorgan
sein sollte,

19 % ist dies egal.

(Wenn sich beim Zusammenzählen
der Prozentzahlen, diese nicht auf
100 % ausgehen, liegt das daran, daß
nicht alle Fragebogen vollständig



ausgefüllt wurden.)

Weitere Anmerkungen und Kritik
schrieben insgesamt 57 % der Frage-
beantworter hinzu.

Bei einer groben Rasterung lassen sich
aus diesen Anmerkungen folgende
Schwerpunkte herauslesen; wobei die
Wünsche einander oft widersprechen:

qualitative Inhaltsverbesserung,
stilistische und Layout-Verbesserung
im Sinne der Vermeidung unnötiger
Schlampereien,
qualitative formale Verbesserung
(die das gegenwärtige Finanzkonzept
sprengen würde, vom Composer-Satz
bis zum Mehrfarbendruck),
volle Namensnennung der Autoren.

Noch zur Erläuterung, obwohl dies im
Fragebogen nicht gefragt wurde bzw.
aufscheint:

Seit März 1974, wo die Nr. 1 heraus-
kam, bis Februar 1977 (Nr. 31) wur-
den 34 Zeitungen hergestellt.

Hiebei wurden bis Nr. 28 (weiter sind
wir beim Zählen bisher nicht gekom-

men) auf
688 Seiten
428 Artikel gebracht.

Von diesen Artikeln behandelten:
164 Innenpolitik,
57 Gesellschaftspolitik (Schule, Arena,
Interviews und ähnliches),
31 Universität,
27 föj/BfS bzw. GE,
72 Europa,
4 USA,
55 Dritte Welt und
17 Übergangsgesellschaften.

Insgesamt wurden 230 Karikaturen und
88 Fotos verwendet.

Zeitung machen erfordert viel Arbeit
und außerdem gehen auch in der Re-
daktion oft die Meinungen auseinander,
was alles getan werden muß, um eine
gute linke Zeitung, die ankommt, her-
zustellen. Zur Erleichterung dieses Un-
terfangens haben wir diese Fragebogen-
aktion durchgeführt und beziehen das
Ergebnis in die Besprechungen des Zei-
tungskonzepts zur Verbesserung des
derzeitigen Zustandes ein.

**Damit aber auch in der Diskussion über das
Konzept und die Gestaltung die Meinung der
einzelnen direkt an die Redaktion herangetra-
gen werden kann laden wir alle ein**

**am 25. März 1977 in den Club links
zur
LESERKONFERENZ
zu kommen, damit durch Kritik
und Vorschläge die Perspektive
der Zeitung gestaltet werden kann.**

Die Redaktion

Stichwortverzeichnis der Jahrgänge 1974-76

Nummer des Heftes / Seite

Abtreibung 1/6,19/2,24/12 siehe auch Fristenlösung
 Alltag 9/8
 Angola 4/18,17/12,20/20,21/20
 Antisemitismus 3/5
 Arbeiterkammer 2/6,6/1,7/1
 Arbeiterkämpfe 24/19,26/9,27/3 s.a. Lohnkämpfe,Streiks
 Arbeiterselbstverwaltung 1/6 s.a.Mitbestimmung
 Arbeitshetze 5/11
 Arbeitsplatzsicherung 1/5,18/7
 Arbeitsproduktivität 2/7
 Arbeitsunfälle 25/19
 Arbeitsverfassungsgesetz 1/4,2/8
 Arena 26/4, 27/1,28/Beilage,29/1
 Argentinien 5/34,7/18,16/15,24/29
 Ärzte 3/2,4/10,30/5
 Assanierungsgesetz 5/16
 Äthiopien 2/19,7/15,9/17,12/16
 Atomkraftwerke 15/8,20,14,22/6,24/22,29/1,30/16,30/32
 auslandsstudenten 2/23,5/25,8/23,23/19
Baader-Wein Hof-Gruppe 9/1,17/11,25/27
 Bauern 7/1,8/20,9/22,23/4,23/7
 Bauring 16/10
 Beamte 24/4,29/7
 Belgien 2/17
 Benzinpreis 1/1 s.a.Ölkonzerne
 Bergbau 3/4
 Berufsverbote 16/1,21/9,26/18,29/30
 Betriebsratswahlen 18/4,19/5
 Betriebsschließungen 2/5,13/9 s.a.Arbeitsplatzsicherung
 Biermann 30/11
 Bildende Kunst 6/10
 Bolivien 1/16,11/14
 BRD 1/17,2/18,4/11,4/16,5/29,8/13,11/16,13/12,15/6,17/12,26/18,27/22,28/18,29/24
 Budget 6/1
 Bundesheer 12/9,13/1,16/1,25/1
 Bundespräsidentenwahl 4/9,5/10
Chile 1/8,1/16,2/20,2/22,5/32,6/18,8/19,14/14,17/15
 Chile-Solidarität 4/20,18/9,20/15
 China 3/11,11/14,24/17,25/28,28/20,29/26
 Christiania 24/24
 CSSR 16/13
Dänemark 4/2
 DDR 23/13
 Diktatur des Proletariats 23/9
 Dritte Welt 3/10
Eg 3/8
 Energiekrise 1/1,1/2 s.a. Ölkonzerne
 Erziehung 29/12
Familienpolitik 14/3,24/11
 Februar 1934 1/8
 Film 22/8,23/7
 Finanzausgleich 11/6
 FPÖ 2/14,15/5,21/3,22/4,28/7 s.a.Neofaschismus, RFS
 Frankreich 3/7,3/11,4/22,5/25,8/17,12/12,21/23,28/13,28/15 s.a. LIP
 Frauen 1/5,11/9,13/16,14/4,24/13,25/13,26/16,30/4 s.a.Abtreibung,Fristenlösung
 Fristenlösung 1/6,8/1,11/8,16/9,17/4,19/1,20/8 s.a.Abtreibung,Frauen

Gastarbeiter 6/11,9/10,29/14,30/19
 Ganztagschule 25/10,26/10
 Gemeinderatswahlen 14/5
 Gesamtschule 27/7
 Gesundheitswesen 12/8,28/5,30/5 s.a.Arbeitsunfälle,Ärzte,Pharmaindustrie
 Gewerkschaftspolitik 3/1,6/1,12/1,13/1,17/1,18/4,20/10,21/1,30/35
 Griechenland 2/20,4/23,6/13,9/14,17/17
 Großbritannien 1/15,2/16,8/11,16/17,19/8
 Guinea-Bissau 2/19
Hausbesetzung 12/1
 Hochschulassistenten 19/21,20/29,21/26,23/18,25/35
 Hochschulwahlen 1/9,13/20,14/7,15/18,25/36,26/31
Indien 3/10,4/24,16/20
 Indischer Ozean 11/13
 Indonesien 27/17
 Inflation 11/1 s.a.Teuerung
 Innere Sicherheit 22/1,22/Beilage,29/1
 Irak 2/19
 Iran 2/19,15/17,22/10
 Irland 5/28,9/12
 Israel 24/26 s.a. Nahost
 Italien 2/18,4/20,5/29,8/14,11/17,14/11,16/19,25/23,26/21,27/14,29/25,30/31
Japan 3/11
 Jugendzentren 4/14,12/1,28/3 s.a.Arena
 Jugoslawien 6/20,7/14,7/18,8/16,11/17
 Junge-Europa-Studenteninitiative (JES) 30/30
 Justiz 17/3,21/1,23/5,29/11
Kambodscha 1/19,13/14,15/12,2/21
 Kammerratschaftsbund 26/7
 Kärnten 13/4,26/6 s.a. Slowenen
 Kirche 1/6,8/1,17/4,24/9
 Kleiderbauer 30/8
 Kolumbien 7/16
 Korsika 30/23
 KPÖ 1/13,7/5,9/7,12/8
 Kriegsverbrechen 19/6,21/3,21/5,28/7 s.a. Nazis
 Krise 20/1,21/15,24/1 s.a.Arbeitsplatzsicherung
 KSZE 17/16
 Kunst siehe Musik,Film,Bildende Kunst
Landtagswahlen 8/8
 Laos 1/19,22/21
 Lateinamerika 5/32,12/8,24/28
 Lehrer 5/12,16/1
 Lehrerbildung 11/20,26/29,29/8
 Lehrlinge 2/14,5/12,18/5,24/7
 Libanon 14/11,20/24,27/14
 LIP 1/14,25/30
 Lohnkampf 2/1,6/5,7/6,8/6,20/11,21/1,30/1
Madagaskar 12/15
 Massenmedien siehe ORF,Zeitungen
 Mexiko 26/26
 Mieter 5/20,8/9,9/10,16/11,20/14,24/6,25/9
 Minderheitenfeststellung 22/2,25/6,27/8,28/1,30/6 s.a.Slowenen
 Mitbestimmung 2/8
 Moçambique 2/19,4/18,7/17
 Musik 25/16,30/14
Nahost 3/9,4/23,9/20,12/17,19/10,24/27 s.a. Israel
 Nationalratswahlen 18/1
 Nazis 12/10,15/5,26/30 s.a. Kriegsverbrecher
 Neofaschismus 13/19,25/7,26/30,30/28
Oelkonzerne 1/1,1/4,2/17,20/7
 Olympische Spiele 22/4,22/Beilage s.a.Sport
 ORF 1/3,2/14,6/8,8/10
 ÖVP 2/12,12/10,17/1,27/4,29/9
Paraguay 5/34
 Peru 17/14,30/21

Pfusch 28/4
 Pharmaindustrie 26/12
 Polizei siehe Innere Sicherheit
 Polen 27/20
 Portugal 2/19,4/18,5/30,6/16,7/19,11/14,13/14,14/12,15/14,17/6,18/15,19/16,20/16,22/16,25/22,29/19
 Portugal-Solidarität 19/1,22/5
 Profite 2/6
 Publizistikstudium 22/22
Rhodesien 9/16,24/26
 Ring Freiheitlicher Studenten 30/28
Sahara 20/23,23/15
 Schweden 28/16
 Schule 2/14,24/9,24/10 s.a.Lehrer,Gesamtschule,Ganztagschule
 Schulunterrichtsgesetz 7/12
 Slowenen 5/21,9/10,13/6,22/2 s.a.Minderheitenfeststellung
 Sowjetunion 6/22,16/22,21/18,22/16,26/23
 Sozialarbeit 17/19
 Sozialgesetzgebung 24/3
 "Sozialistische" Staaten 1/13,14/14 s.a. einzelne Länder
 Sozialpartnerschaft 1/4,2/9,4/7,14/1 s.a. Gewerkschaftspolitik
 Spanien 1/17,2/20,6/16,11/16,15/16,18/12,19/13,21/21,22/13,23/14,30/18
 Spanischer Bürgerkrieg 27/12
 Spanien-Solidarität 18/14,27/26
 Sparzinsen 4/5
 Spittelberg 5/17,16/7,18/10
 Sport 24/20 s.a.Olympische Spiele
 SPÖ 9/5,18/1,20/1,23/1,27/5
 SPÖ-Linke 2/11,30/25
 Steuern 4/1
 Stipendien 20/29
 Streiks 1/14,4/25,5/1,30/3
 Studenten 2/24,3/6,4/26,9/23,18/19,19/21 s.a. Hochschulwahlen,Stipendien
 Südafrika 2/19,9/16,23/11,26/27,28/24
 Südostasien 25/32 s.a. Kambodscha,Laos, Thailand
 Südtirol 17/5
 Syrien 27/14
Tariferhöhungen 20/6 s.a.Teuerung,Verkehr
 Technokraten 25/12
 Terrorismus 13/7,17/11,22/1,26/11 s.a. Baader-Wein Hof
 Teuerung 1/2,2/1,20/6,23/5 s.a.Inflation, Tariferhöhungen
 Thailand 1/18,24/30,29/22
 Timor 27/17
 Türkei 4/22,6/13,9/15
Ungarn 28/10
 Unilever 15/10
 Universitäts-Organisationsgesetz 13/18
 UNO 14/2
 Unternehmensstrategien 2/3,2/7 s.a.Profit, Arbeitshetze
 Uruguay 5/33
 USA 4/13,9/16,20/22,25/33,29/22,29/29,30/14
Verkehr 25/8,26/1,26/3
 Verstaatlichte 13/11,24/8,27/3,30/5
 Vietnam 1/18,2/21,11/15,15/12,22/19
 Vorlesungskritik 11/18,21/7
 VSStö 30/25
Wiener Kommunalpolitik 11/6,13/8,14/5,27/5 s.a. Bauring,Verkehr
 Wirtschaftskriminalität 21/1
 Wirtschaftsnobelpreis 29/18
Zeitungen 1/12,3/5,11/3,11/5,11/7,14/2,20/14,21/10,21/11,25/27,30/9
 Zionismus 21/19 s.a.Nahost
 Zivildienst 20/2,25/4
 Zweite Republik 15/1
 Zuckerindustrie 9/1,11/4
 Zypern 6/13,9/14

DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse), Telefon: 24 70 402

18.3. **Kaunitz, Körner und die Arbeiterbewegung** - Ilona Duczynska
Freitag

19.3. **Literaturgruppe *BLATTLÄUSE* stellt sich vor**
Samstag

24.3. **arm und krank: die öffentlichen Spitäler in der Krise.**
Einleitung Dipl.-Ing. Hannes Schmid
eine Diskussionsveranstaltung der GE
Donnerstag

offensiv links

25.3. **LESERKONFERENZ: Kritik, Vorschläge und Perspektiven**
Freitag

26.3. **Eva Pilz singt, Kurt Winterstein und Harald
Huscava zupfen**
Samstag

14. **Leo Gabriel zeigt neuestes Filmmaterial
aus Lateinamerika & Diskussion**
Freitag

24. **Diskussion: Homosexualität in der
bürgerlichen Gesellschaft**
Samstag

94. **Die Demokratie badet im Blut - Wolfgang Znidaric
liest aus seinem neuen Stück**
Samstag

Programmänderungen vorbehalten !

Geöffnet ab 19 Uhr * Diskussions- und Vortragsbeginn 20.00 Uhr